

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 16. Januar 1897.

Inserate die dreizehnbaltige Zeitschrift über deren Raum 30 J
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weinstraße Nr. 12.

Inhalt: Der Ausbau unserer Organisation. — Die kapitalistische Kritik in den sozialen Räumen. — Der österreichische Gewerkschaftskongress. — Der Normalarbeitsvertrag und die englischen Gewerkschaften. — Juillien: Besondere Zähl. Agitationsbericht für den Agitationsbezirk Sindhien. — Zur Generalversammlung. — Zum Hamburger Eisenarbeiter-Streik. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Arbeiter Deutschlands. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Literarisches.

Achtung!

Der Zuzug von Arbeitern aller Branchen nach Hamburg ist wegen des Hafenarbeiterstreiks strengstens fernzuhalten. Freunde und Kollegen! Unterstützt die Streikenden nach Kräften, damit sie den Sieg erringen!

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten: von Formern und Sieberearbeitern nach Berlin (Harnung) und nach München (Landes); nach Dinglingen in Baden und Stuttgart (C. Häppler); von Gelbgießern, Drechern und Gürtlern nach Hamburg (Hed. Schme); von Klempnern nach Flensburg (Blechwaarenfabrik Chr. J. Möller); von Arbeitern der Fahrradbranche nach Frankfurt a. M. (Kleber); Arbeitern der Gasbeleuchtungs- und Apparatenbranche nach Frankfurt-Sachsenheim (Gebrüder Buntich); von Klempnern, Emailarbeitern, Schlossern, Maschinenbauern und Metallarbeitern aller Berufe nach Lübeck; von Schlossern und Drechern nach Halle an der Saale (Maschinenfabrik Krebs); von Feilenhauern nach Düsseldorf, Dresden (Tippel), Rotterdam i. Holland (Jant u. Kerthoff) und Widaun; von Formern, Schlossern und Drechern nach Pforzheim (Benzler).

Der Ausbau unserer Organisation.

Ein Wort an unsere Mitglieder.

Schon mehrfach ist in Versammlungen und im Verbandsorgan das obige Thema behandelt worden und die Wichtigkeit desselben hat auch den Vorstand veranlaßt, dasselbe als besonderen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen. Daß ein weiterer Ausbau unserer Organisation notwendig, wird einstimmig anerkannt und nur die Art und Weise, in der es geschehen müßte, ist noch ein Streitpunkt der verschiedenen Meinungen.

Während die Einen meinen, daß die finanzielle Lage des Verbandes nur durch Erhöhung der Beiträge gehoben werden könnte, sind Andere der Meinung, daß man diesen Zweck ohne Erhöhung der Beiträge nur durch Abschaffung des Unterstützungswesens erreichen könne, und eine dritte Anschauung ist die, daß man das Eine thun und das Andere nicht lassen, d. h. daß man mit einer Erhöhung der Beiträge auch das Unterstützungswesen ausbauen solle.

Der Vorstand hat sich in mehreren Sitzungen mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es endlich einmal an der Zeit sei, den Ausbau der Organisation praktisch zu betreiben. Die Frage der Hebung der Verbandsfinanzen kann nicht einseitig behandelt werden. Ebenso verfehlt wie eine Erhöhung der Beiträge ohne gleichzeitige Erhöhung der Leistungen wäre, ebenso verfehlt wäre es, durch eine Aufhebung oder Verkürzung der Leistungen die finanzielle Lage des Verbandes heben zu wollen. Die Erhöhung der Beiträge allein thut's nicht, das beweist die auf der letzten Generalversammlung vorgenommene Erhöhung der Beiträge. Zweifelslos würde dieselbe dem Verband große Einnahmen bringen und ihn finanziell gehoben haben, wenn die Beiträge voll bezahlt würden. Dies ist aber leider nicht der Fall, sondern nach wie vor werden nur 39 Wochenbeiträge im Jahre bezahlt, was bei einer Mitgliederzahl von

rund 40 000 einen Anschlag für den Verband von rund 104 000 M ausmacht. Bei genauerer Betrachtung dieser Zahlen findet man auch, daß dieser Anschlag nicht allein auf den Mangel an pünktlichen Zahlungen zurückzuführen ist, sondern daß er mit an der Situation der Mitglieder liegt. So zeigen die bisherigen Jahresabrechnungen des Verbandes, daß im Jahre ca. 10—20 Tausend Beitragsgelder bezahlt werden, während der Zuwachs an Mitgliedern nur wenige Tausend beträgt.

Es fragt sich nun, wie kann man dieser Situation erfolgreich vorbeugen? Zum Theil wird das Aufsuchen der Beitragrückstände auf die fehlende oder erschwerte Gelegenheit, regelrecht die Beiträge zu zahlen, zurückzuführen sein, zum größeren Theil aber wohl darauf, daß unser Verband nur einem Theil seiner Mitglieder greifbare materielle Vorteile bietet, und zwar nur dem Theile, der noch auf die Wandererschaft gehen kann. Wohl können verheiratete und sonstige ortsanständige Mitglieder Unterstützung in besonderen Fällen der Noth erhalten, der Weg ist aber immerhin umständlich und kommt daher diese Art der Unterstützung nur einem kleinen Bruchtheile zugute.

Es ist also nicht zu bestreiten und auch in den Ausführungen verschiedener Redner auf den Generalversammlungen zugestanden worden, daß unser Verband mit seinen Einrichtungen die ortsanständigen Mitglieder nicht zu fesseln vermag.

Der Vorstand hat nun erwogen, in welcher Weise auch der Ausbau unserer Organisation in der angezeigten Richtung erfolgen könnte und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß dies sehr gut durch Einführung der sogenannten Arbeitslosenunterstützung, also einer Ortsunterstützung an diejenigen Mitglieder, die durch irgend welche Verhältnisse an der Abreise verhindert werden, geschehen könne.

Prinzipielle Bedenken gegen diese Unterstützungsart hat der Vorstand nicht gefunden, sondern er ist vielmehr der Ansicht, daß jede Unterstützung für die Gewerkschaften lediglich vom tatsächlichen Standpunkte behandelt werden muß. Genau so wie die modernen Gewerkschaften Unterstützungen zahlen bei Streiks behufs Erhaltung ihrer Verbesserung der Lage der Arbeiter oder zur Verhinderung der Verschlechterung derselben, genau so zahlen sie Reisegeld und Arbeitslosenunterstützung, um die Arbeiter kampffähig und sie so gegen eine Verschlechterung ihrer Lage widerstandsfähig zu erhalten.

Wenn die Gewerkschaften also die Arbeitslosenunterstützung einführen, so thun sie es nur, um die Zahl ihrer Kampfmittel zu vergrößern. Diejenigen, die da meinen, die Gewerkschaften vergeben sich etwas in ihren Prinzipien durch Ausbau des Unterstützungswesens, haben den Zweck des letzteren nicht begriffen, aber wohl auch nicht daran gedacht, daß die heutige Staatshilfe, wie verschiedene Sozialgesetze zeigen, die Arbeiter nur auf dem Wege durch's Armenhaus zur vollständigen Verknüpfung zu führen geeignet ist.

Wesentlich als die prinzipiellen Bedenken sind die sogenannten praktischen Bedenken, wie die Einwände wegen der Durchführbarkeit, der Zählung von Kassandrängern u. dgl. Diese Einwände sind nicht ganz von der Hand zu weisen, aber bei Weitem nicht von der Bedeutung, wie vielfach angenommen wird. Als vor 3 1/2 Jahren der Verband gegründet wurde, waren bei Einführung des Reisegeldes derartige Bedenken nur vereinzelt vorhanden, aber bald darauf zeigte es sich, daß der Verband bei einem Beitrag von 15 J und bei keinerlei Beanspruchung der Bezugszeit und der Höhe des Reisegeldes sich verhalten mußte. Was noch unvollkommen am Start war, wurde durch die Praxis nachher vervollkommen; diese gemachten Erfahrungen

werden bei einer weiteren Ausdehnung des Unterstützungswesens Mißgriffen vorbeugen.

Wenn man zunächst diejenigen Verbände, die bis dato die Arbeitslosenunterstützung neben der Reiseunterstützung bezahlt haben, betrachtet, so ergibt sich, daß auch bei Zeiten großer Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenunterstützung bei gleicher Höhe nicht mehr Mittel beansprucht (abgesehen von den Jahren nach großen Streiks, wo die vom Streik her arbeitslosen Mitglieder in diesen Organisationen meist nicht als Streikende oder Gemayregelte, sondern als Arbeitslose behandelt werden) als die Wanderunterstützung. So zahlten z. B. die Buchbinder, bei denen die Arbeitslosigkeit ja sehr bedeutend ist,

im Jahre	Reisegeld M	Arbeitslosenunterstützung M
1893	100,711.54	92,906.50
1894	114,913.55	101,562.—
1895	110,842.98	97,702.25

Unser Verband unterstützte auf der Reise im Jahre

1891	1432 Mitglieder mit	M. 15,304.25
1892	3950	48,791.92
1893	4606	47,642.80
1894	5238	66,643.70
1895	5108	49,092.22

Würden nun für unsern Verband durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung die gleichen Aufwendungen nöthig sein, so wären im Durchschnitt nach Obigem ja. 50—51 000 M im Jahre erforderlich.

Nun ist aber zweifellos, daß durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Zahl der Reisegeldempfänger sich zu Ungunsten der Arbeitslosenunterstützung verschieben würde. Man wird also kaum fehl gehen, wenn man anstatt des Jahresdurchschnittes von ja. 5000 Arbeitslosen einen solchen von ja. 7—8000 und davon ein Drittel auf die am Orte Anständigen entfallend annimmt. Also angenommen: 2500 Mitglieder wären im Jahre als Ortsanständige zu unterstützen, so würde eine solche Unterstützung — vorausgesetzt, daß jedes derartige Mitglied im Jahre 40 Tage lang pro Tag eine Unterstützung von M. 1 erhielte — dem Verband eine Mehrausgabe von rund 100 000 M verursachen. Es bedürfte also, um diesen Betrag zu decken, einer Mehrleistung von 5 J pro Mitglied und Woche, eine Mitgliederzahl von 40 000 vorausgesetzt.

Eine Erhöhung der Beiträge um 5 J würde aber wohl Jeder gern auf sich nehmen, wenn er dafür ein Aequivalent erhält. Ein Beitrag von 25 J wäre aber auch das Einzige, was der Vorstand, ohne zu einer Klaffszierung der Beiträge überzugehen, den Mitgliedern zumuthen möchte.

Es mag hierbei noch ganz besonders hervorgehoben werden, daß die Zahl der Reisegeldempfänger insofern keinen Schluß auf die Zahl der Arbeitslosen am Orte zuläßt, weil unter den Erklärten sich eine nicht geringe Zahl befindet, die nur veränderungshalber arbeitslos sind. Immerhin erscheint die Annahme einer Arbeitslosigkeit der Anständigen von 6 1/4 Prozent als eine genügende Unterlage zur einmaligen Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Aus diesen Erwägungen heraus hat der Vorstand beschlossen, der Generalversammlung in Braunschweig den Antrag zu unterbreiten:

Den wöchentlichen Beitrag für männliche Mitglieder auf 25 J und für weibliche Mitglieder auf 10 J zu erhöhen und unter Beibehaltung der bisherigen Leistungen des Verbandes für die ortsanständigen Mitglieder eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Die Durchführung des Antrages stellt sich der Vorstand so vor: Der erhöhte Beitrag wird von allen Mitgliedern vom 1. Juli 1897 an gezahlt und vom Vorstand von jedem Beitrag 5 J als Reservefond für

die Arbeitslosenunterstützung zurückgelegt, sobald, sofern im Jahre von jedem Mitgliede 52 Wochen voll bezahlt werden, am 1. Juli 1898, ohne die etwaigen Zinsen, bei 40 000 Mitgliedern 104 000 als Reservefonds vorhanden sind. Am 1. Juli 1898 tritt für alle Mitglieder, die an diesem Tage 52 Wochen lang den erhöhten Beitrag gezahlt haben und dem Verband ununterbrochen 52 Wochen lang angehören, die Arbeitslosenunterstützung in Kraft.

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt pro Tag für männliche Mitglieder 1 M., für weibliche Mitglieder 50 S und darf in dem Zeitraum von 52 hintereinander folgenden Wochen 40 M. für männliche und 20 M. für weibliche Mitglieder nicht übersteigen. Bei Arbeitslosigkeit, die weniger als 7 Tage dauert, wird Unterstützung nicht gezahlt. Behufs Kontrolle der Arbeitslosen sind dieselben zur täglichen Meldung verpflichtet.

Unter Beobachtung all' dieser Vorsichtsmaßregeln glauben wir, daß ein „Sprung in's Dunkle“ nicht stattfindet, dagegen würde ohne bedeutende Erhöhung der Beiträge einem von vielen Seiten schon gehegten Wunsche entsprochen und dadurch ein stabiler Mitgliederbestand und eine größere Leistungsfähigkeit für unseren Verband gesichert werden.

Indem wir die Veröffentlichung eines ausführlichen Entwurfs zu einem Reglement für die Arbeitslosenunterstützung in bald in Aussicht stellen, unterbreiten wir unseren obigen Antrag den Mitgliedern zur Diskussion.

Stuttgart, den 9. Januar 1897.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand des D. M. V.

Die kapitalistische Taktik in den sozialen Kämpfen.

Wie auf internationalem militärischem Gebiete alle Nationen durch Unterhaltung von Bot- und Gesandtschaften, von Spionen, durch eifrige Verfolgung der periodischen und nichtperiodischen Presse sich gegenseitig über den jeweiligen Stand der nationalen Wehrkraft sowie über die Taktik und alle bezüglichen Veränderungen zu unterrichten bestrebt sind und auch thatsächlich gut unterrichtet sind, so geschieht dasselbe auch auf sozialem Gebiete in nationaler und internationaler Beziehung. Weber Arbeiter noch Unternehmer beurtheilen die jeweilige wirtschaftliche Konjunktur nach örtlichen oder auch nationalen Verhältnissen, sondern nach dem Stande der Dinge auf dem Weltmarkte. In den großen, die Menschheit bewegenden Fragen und Kämpfen ist nicht mehr der Kirchturm der Wegweiser, auf den der Blick gerichtet ist, sondern Auge und Gedanken schweifen in die Ferne, suchen das Ganze und die internationalen Zusammenhänge zu überschauen und nach deren Stand sich zu richten.

Die Unternehmer verfolgen den Stand der Arbeiterorganisationen und ihrer Kassen, die Verbreitung der sozialistischen Arbeiterpresse, den Stand der sozialen Aufklärung und Erkenntnis, die moralische Selbstständigkeit und Solidarität der Arbeiter im eigenen Lande wie im Auslande; ferner die Schwankungen der Saisonindustrien, die Arbeitslosigkeit und die Verschiedenheit der Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten, der Arbeitslöhne und der Arbeitszeit in den verschiedenen Gegenden und Ländern. Die politische und wirtschaftliche Unternehmerpresse unterrichtet ihre Klientel über alle diese Dinge. Kein Streik, keine Lohnbewegung, kein sonstiger Vorgang in der Arbeiterbewegung wird über-

sehen, sondern alles getrennt rapportirt und apporirt und zwar in der Regel mit den giftigsten und zugleich blümlichsten Bemerkungen der Preßhandlanger versehen. Wie dumm und albern diese Bemerkungen sind, zeigt ein Unternehmerfachblatt, das solche an die Mittheilung der Kosten zweier Streiks knüpft. „An diesen Zahlen sieht man, sagt der Preßlakai, was die Streiks für Summen verschlingen, die doch lediglich von den Steuergrößen (gewiß nicht von den Beiträgen Stumm's oder aus irgend einer Staatskasse) der Arbeiterschaft aufgebracht werden müssen. Wenn man bedenkt, wie viel Entbehrung und Glend (o diese Stofodilsthränen!) den Beteiligten und ihren Familien an einem Streik trogbeu auferlegt wird, so sollte man es kaum für möglich halten, daß die besonnenen Elemente unter den Arbeitern für die zum größten Theil leichtsinnig und grundlos vom Zaune gebrochenen Streikereien immer wieder zu haben seien. Denn gerade in letzter Zeit hat man doch wieder konstatiren können, daß die als wichtigste anzunehmende Lohnfrage nur in den wenigsten Fällen die Veranlassung zum Streiken war, sondern meist nützliche Sachen, die auf gütlichem Wege eine viel glattere und für die Beteiligten erproblichere Lösung gefunden haben würden. Aber darüber geben sich die sozialdemokratischen Agitatoren und Volkstribunen keinen Strupeln hin. Was kümmert es sie, wenn so und so viel Arbeiterfamilien am Hungertuche nagen müssen, die Partei bedarf der aufregenden „Bewegungen“, ohne den propagandistischen Kiti würde sie zerfallen und wenn deshalb der Kampffond genügend angewachsen ist, muß irgendwo „vorgegangen“ werden. Aus welchen Gründen ist ganz gleich, denn die finden sich schon, wenn die Gemüther durch systematische Brandreden erhitigt sind und junge, unreife Duelle, denen leicht der Kopf verdreht ist, den Vortrab bilden.“

Dumm, überdumm! Aber wie Klappern zum Handwerk, so gehört herartige Verdrehung von Thatsachen, Verlogenheit und Verleumdung zur kapitalistischen Taktik in den sozialen Kämpfen. Worum steht es, daß die Arbeiter von Haus aus, d. h. vom Anfang einer Lohnbewegung an gar nicht an den Streik denken, ihn nicht wollen, sondern die Erfüllung ihrer Wünsche auf friedlichem Wege anstreben. Wie ist aber der Verlauf solcher Bemühungen? In weitaus den meisten Fällen beschreiten sich die Unternehmer in der prophästen, brutalsten und provokatorischsten Weise gegenüber den Arbeitern resp. deren Vertrauensleuten, welche ihr Anliegen, sei es schriftlich oder mündlich, in höflicher Form vortragen. Die Unternehmer, ob große oder kleine, sind meistens über das Faktum an sich schon empört, daß die Arbeiter überhaupt etwas zu verlangen wagen und es wird ihnen darob roth vor den Augen, wie dem seligen Brauereier, wenn v. r ihm ein Sozialdemokrat erschien. Die Arbeiter werden nicht selten mit groben Beleidigungen und Beschimpfungen empfangen, den „Hädelshörern“ sofort oder bald nachher die Entlassung gegeben, von einem Eingehen auf die vorgebrachten Wünsche und Forderungen ist gar keine Rede.

Dies provokatorische Benehmen der Unternehmer oder Direktoren ist in gar vielen Fällen der einzige Erfolg der Bemühungen der Arbeiter für eine friedliche Verständigung mit ihren „Vorgabern“ und zwar in Fällen, wo es sich um minder wichtige Forderungen handelt ebenso wie in solchen, wo die Arbeiter weitergehende Begehren stellen. Diese Thatsachen sind beiden Theilen, den Arbeitern und den Unternehmern, sehr gut bekannt; letztere wissen ja sehr wohl, wie sie sich

in solchen Situationen etwa ihren Arbeitern gegenüber aufgeführt haben und erstere wissen, welche Antwort sie von ihren „Vorgabern“ erhalten haben. Da kommen nun die kapitalistischen Preßhandlanger und schwindeln der „öffentlichen Meinung“ vor, daß es sich bei den Streiks meist um wichtige Sachen handelt, die auf gütlichem Wege eine viel glattere und für die Beteiligten erproblichere Lösung gefunden haben würden.

Gleichzeitig heißt es, daß die Streiks zum größten Theil leichtsinnig und grundlos vom Zaune gebrochen werden und daß es sich dabei nur in den wenigsten Fällen um die Lohnfrage handle. Wir haben den Verlauf der friedlichen Bestrebungen der Arbeiter bei den Unternehmern geschikert und damit die Entstehungsursache der Streiks bargelegt. Vielleicht in 99 von 100 Fällen sind die Streiks der Arbeiter von den Unternehmern mit oder ohne Absicht provokirt; denn was soll eine Arbeiterschaft, deren Forderungen brutal zurückgewiesen, deren Vertrauensmänner beschimpft und als „Hädelshörer“ gemahnpelt werden, anderes thun, als zum äußersten Kampfmittel, das ihr zu Gebote steht, zum Streik zu greifen? Und wenn die Arbeit niedergelegt, der Streik proklamirt ist, dann kommen die provokatorischen Kapitalisten und ihre Handlanger aller Art, schreien und zetern noch über die sozialdemokratischen Agitatoren, daß sie Streiks anzetteln, st. tt sich selbst als die Urheber der Streiks zu bekennen. Es ist schon hundertmal gesagt worden, daß die sozialdemokratische Partei als solche mit den Lohn- und Streikbewegungen gar nichts zu thun hat, indeß wird die alte Unwahrheit jeden Tag auf's Neue wiederholt und daran die abgenutzten Ladeshüter von Verhegung der Geister zc. daran geknüpft.

Aber diese ganze Taktik ist kein Zufall, sondern ein Plan; sie ist die alte Spitzbubentaktik, welche alle Schelme anwenden, um die Aufmerksamkeit des Publikums von sich ab- und auf einen Andern hinzulenken. Die ja immer noch in weiten Kreisen gefürchtete Sozialdemokratie wird der öffentlichen Meinung als die Aufstiegsleiter von Streiks zu Parteizwecken verleumdert, d. h. mit vollem Bewußtsein der Unwahrheit benutzet, um dadurch die Sache der kämpfenden Arbeiter bei der gleichen öffentlichen Meinung schlecht zu machen, herunterzusetzen, ja, sie ganz in den Hintergrund zu drängen und der Aufmerksamkeit des Publikums zu entziehen.

Darum wird auch gesagt, daß es sich nur in den wenigsten Fällen um die als „wichtigste anzunehmende Lohnfrage“ handelt; wenn Lügen zum Ersitzen führten, so läge jener Soldschreiber neben einer ganzen Armee in gleicher Weise verendeter journalistischer Saubirten schon längst auf der Strecke. Bei den eifrig entlohnerten und genährten Konfektionsknechten, Schuhmachern, Webern, bei den Metallarbeitern, Bauarbeitern, Schiffsarbeitern usw. handelte es sich also nicht um die Lohnfrage, sondern nur um Hegeereien der sozialdemokratischen Partei, um Gefälligkeiten, welche die ausgepreßten und ausgehungerten Proletarier der teuflischen Sozialdemokratie leisten. „Wär der Gedanke nicht so verflucht gewesen, man wär versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.“

Warum nur gar nie in irgend einer Lohn- oder Streikbewegung von den betreffenden Arbeitern die Forderungen des sozialdemokratischen (Erfurter) Programms den „väterlich-sorglichen Vorgabern“ als Bescheidmittel präsentiert werden und sich die raffinierte Sozialdemokratie hinter der Aufstellung einer Lohnerhöhung- und Arbeitszeitverkürzungsforderung, hinter

Bessemer.

(Schluß.)

Um reines Eisen flüssig zu machen, ist an und für sich schon eine enorm hohe Temperatur nöthig; es ist aber auch noch ein Uebersteigen dieser Temperatur erforderlich, um seine Ueberführung in die Siebpfanne zu ermöglichen und das Metall hierin während der Zeit, die zum völligen Ausgießen in die zahlreichen Formen nöthig ist, in flüssigem Zustande zu erhalten. Die große Aufgabe, welche ich zu lösen habe,“ sagt Bessemer ferner, „war die, wie jene enorm hohe Temperatur zu erzeugen und zu erhalten sei, denn man mag Flüssigkeiten erwärmen wie man will, so hat man stets mit zwei entgegenwirkenden Vorgängen zu rechnen, nämlich der Erzeugung der Wärme und ihrem Verlust durch Ausstrahlung und Annahme durch das Gefäß, in welchem der Erwärmungsprozeß vor sich geht. Dieser einfache Fall wird durch die schnelle Aufnahme und den Verlust an Wärme durch den unverbrennbaren Theil der durch das Metall gepreßten Luft weiter verwickelt, da dadurch das Ganze noch mehr eine Frage der Zeit wird. Die Wärme strömt beständig weg und wenn sie nur in demselben Maße neu zugeführt wird, so werden wir niemals die Temperatur des Metalls

in die Höhe bringen und das führt uns sogleich zu der Nothwendigkeit einer außerordentlich raschen Wärmeerzeugung. Diese rasche Wärmeerzeugung bedeutet aber eine so innige Mischung des brennbaren Kohlenstoffs und Eisens mit dem Sauerstoff, daß die nöthige Temperatur in wenigen Minuten erzeugt wird, sonst würde die Wärme verloren gehen und der flüssige Zustand für die Zeit nicht erhalten werden. Im Schmelzofen ist die Mischung von Kohlenstoff und Sauerstoff so innig, daß keine Verbrennung eine augenblickliche wird und keine Wärme verloren geht. In dem Bessemerofen erzeugt eine gut angeordnete Gruppe von Düsen, welche senkrecht in die Höhe blasen, eine solche innige Mischung von Sauerstoff und Kohlenstoff, daß dadurch eine ganze Reihe kleiner harmloser Explosionen verursacht und daher der sonst höheren Zerstreung jener brennbaren Elemente eine Grenze gesetzt wird.

Ein Konverter mit einer Gruppe von 7 Düsen, von welchen jede 7 von einander getrennte Durchgänge besitzt, führt 49 getrennte Luftströme senkrecht durch das Metall in die Höhe; diese Luft theilt sich in unzählige Tau-lände kleiner Röhren, die aufwärts fliegen und eine leichte Säule einer Mischung von Eisen und Stahl bilden, während die dichteren Theile des Eisens herunterfallen und Säulen bilden und eine kräftige

Zirkulation unterhalten, welche die Temperatur und den Gang der Verbrennung ausgleichen. Eine einzige, nach abwärts gerichtete Düse wird indessen die Luft nicht durch die ganze Masse vertheilen; die Luft wird vielmehr rings um die Düse in die Höhe steigen und diese bald abschmelzen und zerstören. Luft, die in dieser Weise angenommen wird, kann niemals jenen Grad der Zirkulation hervorbringen sowie die lebhafteste Verbrennung durch die ganze Masse, welche unbedingt nöthig ist, wenn flüssiges hämmerbares Eisen erzeugt und in Blöcke gegossen werden soll, Bedingungen, welche in einem flachen offenen Gefäß mit einer nach abwärts blasenden Düse unmöglich zu erreichen sind.

Säure Reith seine Erfindung patentiren lassen, hätte er einen Vortrag darüber gehalten oder hätte er einen Bericht hierüber in der Tagespresse veröffentlicht, dann hätte gesagt werden können, daß ein Verzicht über diesen, selbst völlig erfolglos und unweissen Verzicht auf andere Verzicht einwirken und sie zur Vervollständigung hätte veranlassen können. Allein Reith machte weder nach dieser noch einer anderen Mischung hin etwas bekannt und deshalb haben seine Vertheiler weder den allgemeinen Schas unsere Kenntnisse um den geringsten Betrag vergrößert, noch den Fortschritt in der Stahlerzeugung in Amerika oder anderswo im allergeringsten Maße beeinflusst.

den Begehren auf Reinigung und Instandhaltung, der bessern Beleuchtung und Beheizung der Arbeitsräume, Entlassung eines mißliebigen Unteroffiziers, Beseitigung der Betrübereien und Schwindereien, welche beim offenen oder verdeckten Trübsinn an den armen Lohnarbeitern verübt werden usw. — warum also wohl die raffinierte Sozialdemokratie nie offen mit ihrem Programm als Lohnforderungs-Verzeichnis auftritt, sondern sich stets hinter andern Forderungen versteckt? So hätten sich auch die Kapitalisten und ihre Handlanger schon fragen müssen, wenn sie eben nicht das volle Bewußtsein von ihrer Spitzbubenart hätten. Insbesondere müßten sie sich fragen angesichts der Lohn- und Streikbewegungen, welche von den Unternehmern direkt durch Lohnreduktionen veranlaßt werden, denn ohne die Sozialdemokratie mit ihren Hekerelen und ihrer Unzufriedenheits-Erregung würden sich alle Arbeiter natürlich sehr gerne die einschneidendsten Lohnreduktionen gefallen lassen und den lieben Brodgebern dafür noch dankbar die Hände klaffen. Nicht wahr, ihr Lügner und Falschmünzer? —

Es ist geradezu köstlich, wie sich die Kapitalistenklasse bemüht, einen Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Arbeitern zu schaffen, um so köstlicher, als sie doch weiß, daß sozialdemokratische Partei und Arbeiterpartei identisch, ganz dasselbe ist. Die 1800 000 Stimmen, welche die sozialdemokratische Partei 1893 erhielt — woher rührten sie denn? Doch nicht von Krupp und Stumm, nicht von Ministern und Geheimräthen, nicht von Krant- und Schlotzjüngern, sondern zum weitaus größten Theile, von den Arbeitern und neben diesen noch von den wirtschaftlich Bedrückten aller Art. Die Arbeiter mit der Sozialdemokratischen Schreden oder sie gegen dieselbe hegen zu wollen, ist ungefähr gerade so genial, als wenn man die Fabrikanten gegen das Kapital hegen wollte.

Wo diese kapitalistische Spitzbubenart nicht mit der verruchten Sozialdemokratie als Mitgabstetter operirt, da wirft sie, wie im Hamburger Eisenarbeiterstreik, die Machtfrage auf. Nach den Reden, die ihr ergebenen Presse und ihren Handlangern verschiedener Art handelt es sich den überangen engsten, unregelmäßig beschäftigten und ungenügend entlohnten Eisenarbeitern nicht um die geforderte Lohnerhöhung, sondern um die Erhaltung der Macht über die Arbeiter, darum, „Herrn im Ganzen“, d. h. im Besitze der Arbeiter zu sein. Diese Spitzbubenart ist so plump, als nur möglich, dennoch wird sie von der gesamten kapitalistischen Presse des In- und Auslandes weiter kolportirt. Was soll man von einer Gesellschaft halten, welche sich verpumpten Lügen und Falschmünzereien schmeißt vor aller Welt hin, um die wirtschaftlich Schwachen, die bedrückten Arbeiter, um ihr Recht zu prälen und sie fernerhin wie bisher ausbeuten zu können? Gerade die Büchsen, welche der Hamburger Streik bei der Kapitalistenklasse reißt, sind neuerliche Symptome der Korruption, der moralischen Verfaulung der kapitalistischen Gesellschaft.

Damit haben wir eine notwendige, aber nicht erschöpfende Beleuchtung der kapitalistischen Taktik in den sozialen Kämpfen gegeben. Der voraussichtlich die Bewegungen im begonnenen Jahre 1897 ebenso lebhaft oder noch lebhafter sich gestalten werden, als 1896, so wird sich Gelegenheit bieten, das Thema in einem weiteren Artikel zu behandeln.

Der österreichische Gewerkschafts-Kongreß.

Am ersten Weihnachtsfeiertage trat in Wien der 2. österreichische Gewerkschafts-Kongreß zusammen. Seine Verhandlungen dauerten 5 Tage. Vertreten waren auf dem Kongreß 253 stimmberechtigte gewerkschaftliche Organisationen Oesterreichs durch 228 Delegirte, außerdem eine Reihe anderer Gewerkschaften dieses Landes, die aber kein Stimmrecht hatten, weil sie noch keine Beiträge an die Gewerkschaftskommission geleistet haben; weiter waren vertreten die österreichische Gewerkschaftskommission, die sozialdemokratische Partei Oesterreichs, der Parteianzschuß für Niederösterreich, die ungarische Partei, die Gewerkschaftskommission Lembergs und die Gewerkschaften Ungarns und des Deutschen Reichs.

Dr. Adler begrüßte den Kongreß Namens der Parteileitung in einer Ansprache, worin er zum Schlusse sagte: „Wir stehen Ihnen zur Verfügung, wie wir wissen, daß auch Sie der Sozialdemokratie zur Verfügung stehen.“ Der Kongreß beschloß zunächst, dem frontischen Parteitag in Agram sowie den gerade tagenden Fachkongressen Begrüßungsschreiben zu senden und nahm dann den Bericht der Gewerkschaftskommission entgegen. Danach hat sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften, die Ende Juni v. J. 105 000 betrug, bis zum Jahreschluß um 17 000 vermehrt, obwohl in einigen Orten und Berufen ein großer Rückgang zu verzeichnen war; die hauptsächlichste Ursache des Rückgangs war die Niederlage, die die betreffenden Arbeiter mit ihren Lohnbewegungen erlitten. Auf diese Weise ist die Metallarbeiter-Organisation in Schlan zu Grunde gegangen und in Mährisch-Ostern ist die Zahl der organisierten Bergleute seit Ende 1894 von 11 000 auf 1800 gesunken. Die Gewerkschaftskommission, beziehentlich deren Sekretariat, hatte mit großen Schwierigkeiten namentlich insofern zu kämpfen, als die Organisationen erst daran gewöhnt werden mußten, regelmäßige Beiträge an das Sekretariat abzuliefern. Das Sekretariat hat in den einzelnen Kronländern Vertrauensmänner eingesetzt, die von ihm Unterstützung erhalten, und diese Einrichtung hat sich bewährt. Die finanziellen Verhältnisse des Sekretariats sind nicht zufriedenstellend, weil ein Theil der Organisationen mit dem regelmäßigen Beitrag im Rückstand blieb. Gegen die Gewerkschaftskommission wurden in der Debatte über den Bericht eine Reihe Einwürfe erhoben, namentlich von den czechischen Delegirten, worauf erwidert wurde, die Kommission habe auch gegenüber den czechischen Organisationen geleistet, was sie leisten konnte; zu viel hätte von der Kommission nicht verlangt werden, da ihre Mitglieder in den Werkstätten arbeiten und die drei im Sekretariat angestellten Beamten mit Arbeit überhäuft sind. Die Gewerkschaftskommission hatte zur Klärung der Kosten des Kongresses eine Ertragssteuer von 5 Kr. selbstständig aufgeschlagen; viele Redner bestritten ihr die Kompetenz hierzu und der Kongreß bestimmte schließlich, daß Anordnungen finanzieller Natur, wie z. B. in Beziehung auf die Vertheilung der Kongreßkosten, nur er selbst treffen könne, und setzte zur Deckung der Kosten des nächsten Kongresses fest, daß die Organisationen pro Mitglied 3 Kr. zu zahlen haben; alle zur Gewerkschaftskommission gehörenden Organisationen sind zur Deckung der Kosten verpflichtet.

Es folgte der Punkt Organisation und Agitation, wobei Genosse Lezien aus Hamburg ebenfalls das Wort ergriff. Er schilderte den Eisenarbeiter-Streik und trat für die entschiedene Durchführung der

Zentralisation ein. Nach äußerst eingehender Debatte über die Organisation und Agitation wurde ein von der Gewerkschafts-Kommission vorgeschlagener Organisationsentwurf mit einigen Abänderungen angenommen. Von besonderer Wichtigkeit für Oesterreich ist folgende Bestimmung: „Bildungs- und Lesevereine und gemischte Gewerkschaften, die aus Mitgliedern bestehen, für deren Branchen eine Ortsgruppe oder Zahlstelle der Berufsorganisation auf Grund der im Orte beschäftigten Arbeiter eines Berufes möglich ist, haben sich in Ortsgruppen oder Zahlstellen der betreffenden Berufsorganisation umzuwandeln. Die Gründung von Bildungs- und Lesevereinen hat in Zukunft zu unterbleiben.“ Die Czechen hatten verlangt, daß dem Sekretär der Gewerkschaftskommission ein der czechischen Sprache in Wort und Schrift kundiger zweiter Sekretär beigegeben werde. Der Kongreß gab diesem Begehren zum Theil statt in Form folgenden Beschlusses: „Der alle drei Jahre stattfindende Kongreß der Gewerkschaften Oesterreichs bestimmt den Sitz der Kommission und der Centrale. In dieselbe ist aus je einer Industriegruppe ein Vertreter zu entsenden. Die Kommission wählt einen Sekretär und einen Stellvertreter. Einer von den beiden Sekretären muß der czechischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig sein. Die Kommission besorgt weiter die Anstellung von Beamten für das Sekretariat und der Provinz-Vertrauensmännern im Eisenwesen mit den beteiligten Organisationen. Die Anstellungen von Provinz-Vertrauensmännern müßten gemäß den sprachlichen Bedürfnissen berücksichtigt werden und haben je nach den vorhandenen Geldmitteln zu erfolgen. Die Kommission hält ihre Sitzungen nach Bedarf ab und befreit die notwendigen Ausgaben für Agitation und Organisation in den Provinzen. Sie besorgt ferner die Herausgabe des Zentralorgans der Gewerkschaften Oesterreichs, der „Gewerkschaft“ und Zusendung zweier Exemplare an jede der Kommission angehörige Organisation. Die czechischen Genossen sollen als solche durch zwei Delegirte in der Kommission vertreten sein.“ Den czechischen Delegirten genügte dieser Beschluß nicht; sie erklärten, er wieder bei den übrigen Punkten der Tagesordnung mitberathen zu wollen.

Weiter faßte der Kongreß zum Punkt Organisation und Agitation noch folgende Beschlüsse: Jede Organisation hat pro Mitglied einen Beitrag von monatlich 1 Kr. an die Gewerkschaftskommission zu leisten. Das Zentralorgan „Die Gewerkschaft“ ist seinem Ursprunge nach auf das Wichtigste zu reduzieren und für die sich ergebende Ersparniß die Auflage so zu vermehren, daß jeder Funktionär der Gewerkschaftsvereine ein Exemplar erhält. Auch die Lehrlinge und jugendlichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sollen den Berufsorganisationen zugeführt werden.

Die im Organisationsentwurf enthaltene Empfehlung, Unionen zu bilden, wurde mit 37 163 gegen 36 555 Stimmen abgelehnt.

Der nächste Punkt betraf die Stellung zu Streiks und Boykotts. Die Gewerkschaftskommission hatte ein Reglement vorgelegt, das die Verhinderung planloser Streiks bezweckt. Es wurde nach einigen Abänderungen angenommen. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Reglements sind:

Um Streiks und Boykotts siegreich zur Durchführung zu bringen, muß durch planmäßige Einführung von Widerstandsfonds dahin getrachtet werden, daß für diese Aktionen eine solide materielle Basis geschaffen wird. Es soll weiter dahin getrachtet werden, daß

„Der Umstand, daß Kelly in Amerika, ein Patent nach mir erhalten hatte, zwang alle Stahlwerkstätten in Amerika, unter beiden Patenten zu arbeiten, aber alle Fabrikanten mußten ganz genau, worin Kelly's Anspruch, ein Erfinder genannt zu werden, wirklich bestand und in dieser ungewissenhaften Denkmahl verhandeln sie sich einmüthig, das Verfahren den Bessemerprozeß zu nennen. Die Amerikaner haben mich, angesichts dieses Erkenntniß, zum Ehrenmitglied der „American Iron and Steel Association“ ernannt, auch sind in verschiedenen Theilen der Vereinigten Staaten, wo die Natur reichliche Schätze an Kohlen und Eisen aufgeschlossen hat, Städte gegründet worden, welchen unter allgemeiner Zustimmung der Name „Bessemer“ gegeben worden ist.“

Nichts könnte die spontane Anerkennung des ungeheuren großen Vortheils, welchen der Bessemerprozeß auf das Gewerbe und den Handel der Vereinigten Staaten ausübt hat, seitens der ganzen Nation deutlicher zum Ausdruck bringen. Die große Woge der Erregung, welche durch die Bekanntmachung meiner Erfindung in Okeanos in der öffentlichen Meinung von ganz Europa erzeugt wurde, schlug bald mit Macht über den Ozean hinüber und erregte bei den Eisenfabrikanten der Vereinigten Staaten großes Aufsehen.

In Sheffield wurden kaum Bessers Erfindungen ersucht, als amerikanische Eisenbahndirektoren anfragen, sie zu kaufen und diese Beschaffung für so wichtig hielten, daß Tausende von Tonnen nach Amerika geschickt wurden, wo sie den nahezu fabelhaften Preis von 400 Mk. per Tonne erzielten. Als dann Amerika seine eigenen Stahlwerke zu machen begann, wurden Tausende und Zehntausende von Tonnen englischen Bessemerstahls nach Amerika geschickt, um Bessemerstahl daraus zu machen. Dieses Bessemerstahl wurde mit Hochdruck, welche von mir erfunden und vorgeschrieben waren, erlassen; alles Schmelzwerke, das früher in England hergestellt wurde, war vollkommen ungeeignet, um brauchbaren Stahl zu machen.“

Endlich darf nicht vergessen werden, daß der Bessemerkammer mit seiner hydraulischen Bewegungsvorrichtung, die hydraulischen Gießmaschine, die Gießpfannen mit Tropfen und Trichter, die Anordnung von zwei Birnen in einer halbkreisförmigen Gießröhre, die konischen Coquillen und in der That die ganze Anlage, Ausrüstung und Anordnung der amerikanischen Stahlwerke patentierte Erfindungen von Henry Bessemer sind, wenngleich sie nach der maschinellen Seite durch den verstorbenen Hölle modifizirt worden sind, um der amerikanischen Praxis zu entsprechen; allein Bessemer's

patentirte Einrichtung wird noch mit kaum einer Abweichung im Detail nach 40 Jahren in allen Ländern Europas angewendet, wo Bessemerstahl gemacht wird.

„Das britische Patentamt zeigt alle aufeinanderfolgenden Stufen in der Entwicklung meiner Erfindung“, heißt Bessemer, „und gegenüber diesen in Europa und Amerika bekannten Beweisen für ihren Ursprung und ihre Lebenskraft bedeutet es einfach eine Schmäkung für den Mann, welcher all dies gethan hat und dem Amerika für die große Ausdehnung seiner Industrie, seines Handels und seines Wohlstandes so sehr zu Dank verpflichtet ist, wenn als der eigentliche Erfinder des Bessemerprozeßes ein Mann anzugeben wird, dessen unerreichte Pläne den öffentlichen Schatz unseres Wissens nicht nur ein Jota bereichert haben; es ist nichts Anderes als eine Beschimpfung des gesunden Menschenverstandes der wissenschaftlichen Welt.“ —

Man wird und muß in der That den Versuch wecken, Bessemer um seine Erfindung zu bringen und aus nationaler Eitelkeit den Kelly als den Erfinder des Bessemerprozeßes zu proklamiren, als völlig geisteskrank erklären und wird daher der Name Bessemer nach wie vor in der Stahlindustrie den bisherigen guten Klang behaupten.

Kartellverträge mit anderen Industriegruppen durch die Gewerkschaftskommission ermöglicht werden, die die Macht besitzen, nicht nur schon erzwungene Positionen auf dem Gebiete der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erhalten, sondern bessere und neue zu erringen.

Jede Organisation hat, wenn sie einen Streik beschließt, hieron die Gewerkschaftskommission zu verständigen und deren Zustimmung zum Streik einzuholen.

Die Kronlands-Zentralleitungen haben über jeden ihnen zur Anmeldung gebrachten Fall umgehend genaue Erhebungen zu pflegen.

Streiks, die ohne Zustimmung der Gewerkschaftskommission begonnen werden, haben keinen Anspruch auf materielle Unterstützung. In Abwehrstreiks darf ebenfalls erst dann eingetreten werden, wenn eine vorherige gütliche Beilegung des Konflikts nicht möglich war und der Verband der betreffenden Branche sich von der Unmöglichkeit einer solchen Beilegung überzeugt hat.

Weitere wichtige Beschlüsse sind folgende: „1. Der zweite Gewerkschaftskongress erklärt in Betreff der Streikfonds, daß es rücksichtlich der Verhältnisse unthunlich ist, den Streikfonds statutenmäßig festzusetzen, und beschließt, daß die Organisationen aufgefordert werden, nach Maßgabe der in ihrer Branche herrschenden Verhältnisse einen freiwilligen Streikfonds einzuführen und die Verwaltung desselben aus Sicherheitsgründen separat, das heißt außer der Organisation zu führen. 2. In Anbetracht dessen, daß in letzter Zeit eine Reihe von Streiks verloren gingen, weil sie unter den ungünstigsten Voraussetzungen unternommen wurden, empfiehlt der Kongress selbst in Beziehung auf sogenannte Abwehrstreiks die größte Vorsicht.“

Der Punkt „Die Arbeitsvermittlung als kommunale Einrichtung unter Leitung der Gewerkschaften“ wurde nach einem Referat debattiert. Die Kommunalverwaltungen sind derzeit dem mächtigen Einflusse des Kapitals derart unterworfen, daß die Errichtung von kommunalen Arbeitsnachweisen, ohne ausschließliche Verwaltung und Führung der Gewerkschaften, nur den Interessen des Kapitals dienen würde. Es wäre daher eine Selbsttäuschung, wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter glauben würden, daß unter Leitung der Kommunal- oder Staatsbehörden eine Verbesserung der bisherigen Arbeitsnachweise erfolgen könnte. Der Kongress ist vielmehr überzeugt, daß bei etwaigen Schnidifferenzen derartige Institute eine eminente Gefahr für die Arbeiter bilden würden, insofern dieselben gegen die im Lohnkampfe stehenden Arbeiter und für die Unternehmer ausgenutzt werden könnten. Der Kongress fordert daher, daß der Staat oder die Kommune, wenn bei ihnen für die Regelung der Arbeitsnachweise ernstliches Interesse vorhanden ist, den Gewerkschaften pecuniäre Mittel zum Ausbau und zur Verwaltung der Arbeitsvermittlungen gewähren. Gleichzeitig spricht der Kongress aus, daß er gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu leitende Arbeitsnachweise für gefährlich hält und allen Gewerkschaften zur Pflicht macht, ernstlich an den Ausbau der eigenen Arbeitsvermittlung zu arbeiten, und jedes weitere Experiment, die Arbeitsvermittlung durch den Staat oder die Kommune ohne ausschließliche Leitung der Gewerkschaften durchzuführen, energig abzuwehren zu bekämpfen, daß solchen Instituten die besseren Arbeitskräfte entzogen werden.“

Die Diskussion über den Punkt Hausindustrie und Sitzgelellentwesen zeigte aufs neue, wie nötig es ist, diesen Krebsgeschwüren entgegenzutreten. Zwei Beispiele von vielen: Müller schildert die Verhältnisse in der Wiener Schuhbranche, wo 17 000 Arbeiter beschäftigt sind, von denen 10 000—12 000 Sitzgelellen sind. 20 Prozent der Schuhmacher sind, wie die Berichte der genossenschaftlichen Krankenkassen zeigen, an Tuberkulose erkrankt, 70 Prozent aller Todesfälle sind die Folge von Tuberkulose. In einem Jahre kamen bei dieser Krankenkasse 250 Fälle von Krätze vor. Jobst aus Wien i. B. theilt mit: Bei uns hat der Meißner meist nur ein Zimmer, wo gewohnt und geschlafen wird; da schlafen auch die Gehilfen zu zwei in einem Bette. Die Folge davon ist, daß bei uns jedes Jahr Malaria- und Malariaepidemien ausbrechen.

Der Kongress faßt eine Resolution, worin die gänzliche Aufhebung der Hausindustrie und die dahin folgende Maßregeln verlangt werden: Unterstellung der Hausarbeit und Heimindustrie und der dabei beschäftigten Personen unter alle Arbeiterjahrsbestimmungen der Gewerbeordnung, unter die Gewerbeinspektion und unter die verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung; Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit; Einhaltung der gesetzlichen Normalarbeitszeit; Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren; Anstellung besonderer, hauptsächlich weiblicher Gewerbe-

Inspektoren für die Hausindustrie und Heimarbeit; strenge Vorschriften über die Anzeigepflicht der Arbeitsräume und Wohnungen, wo Personen als Hausindustrielle oder Heimarbeiter beschäftigt sind; Zwang der Lissenzführung über die beschäftigten Personen; Kontrolle der Arbeitsräume und sanitäre Vorschriften für diese; Vorschriften über die Vereinbarung der Löhne und Lohnzahlungen, Verbot von Abzügen ohne schiedsrichterliche Entscheidung; Verantwortlichkeit für die Einhaltung dieser Bestimmungen aller jener Personen, die Arbeit an Hausindustrielle und Heimarbeiter vergeben; strenge Bestrafung für die Uebertretung all dieser Bestimmungen.

Der Kongress machte es der Gewerkschaftskommission zur Pflicht, zu geeigneter Zeit eine Aktion behufs Abschaffung des Sitzgelellentwesens und der Hausindustrie einzuleiten.

Der Punkt Zentralisation des Rechtschutzes wurde durch Annahme einer Resolution erledigt, worin es zum Schluß heißt: „Die einzelnen Organisationen haben mehr als bisher ihr Augenmerk auf dieses Gebiet zu lenken und für eine systematische Handhabung des Rechtschutzes Sorge zu tragen.“

Die Verhandlung über den Punkt Fortschritt der Sozialgesetzgebung, an der sich u. A. auch der Genosse Dr. Adler beteiligte, endete mit der Annahme einer längeren Resolution, worin gegen die Haltung der Regierung protestiert wird, die so wie die vormaligen Regierungen weder die Macht noch den Willen zeigt, die mageren Arbeiterjahrsbestimmungen, die in der Gewerbeordnung vom 8. März 1885 enthalten sind, mit allem Ernst zur Durchführung zu bringen.“ Weiter wird protestiert gegen das Vorgehen einzelner behördlicher Organe, die ihre Macht dazu benutzen, die Ausübung des Koalitionsrechts den Arbeitern unmöglich zu machen, die die Schutz- und Bagabundengesetze gegen freitende Arbeiter in Anwendung zu bringen suchen. Dann wird von der Gesetzgebung verlangt: 1. ein Normalarbeitsstag von acht Stunden; Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren; 2. Verbot der Nachtarbeit für alle Betriebe, deren Natur eine Unerbrechung zuläßt; 3. Verbot der Frauenarbeit in gefährlichen und besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben; 4. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren; 5. ununterbrochene 24stündige Arbeitsruhe für alle Arbeiter pro Woche; 6. gleiche Entlohnung für Frauenarbeit; 7. Verbot des Trucksystems in jeder Form; 8. Verbot der privaten Arbeitsvermittlungen; staatliche Subvention der von den Gewerkschaften unbeschränkt verwalteten Arbeitsvermittlungen; 9. Verbot des Zwischenmeisterwesens; 10. Ausbau des Gewerbeinspektorats, Vermehrung der Zahl der Inspektoren und Vermittlung von gewählten Arbeitern, die als solche zu wirken haben, deren Bestellung durch den Staat geschieht. 11. Ueberwachung aller Werkstätten und industriellen Etablissements mit Einschluß der Hausindustrie durch die Gewerbeinspektoren. 12. Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf alle Personen, die im Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, Befreiung der Bruderkassen, staatliche Alters- und Invaliditätsversicherung sowie volles und beschränktes Selbstverwaltungswesen in diesen Institutionen. Ferner wird, zur wirksamen Förderung des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse geordert: Wirkliches Koalitionsrecht, Aufhebung aller die Freizügigkeit beschränkenden Gesetze und Verordnungen, freies Vereins- und Versammlungswesen, Pressefreiheit, sowie allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht in allen Vertretungskörpern.

Endlich nahm der Kongress noch folgende wichtigere Anträge an:

In Erwägung, daß der Fortschritt im Arbeiterjahrs auf dem Wege der Gesetzgebung zu langsam vor sich geht, weil er durch den Widerstand der mit politischen Privilegien ausgestatteten Unternehmerklasse behindert wird, Staat, Land und Gemeinde darum doppelt die Pflicht haben, im öffentlichen Interesse den Arbeiterjahrs direkt zu fördern, fordert der Kongress, die Vergabung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen soll an die Bedingung geknüpft werden, daß die Unternehmer den Vorschriften des Gesetzes genügen, eine höchstens neunstündige Arbeitszeit einhalten und anständigt, im Einkommen mit den Arbeiterorganisationen festzusetzende Löhne zahlen.

Die Gewerkschaftskommission wird beauftragt, regelmäßige Erhebungen zu pflegen über die Auswirkungen der Bestimmungen des Bagabundengesetzes auf die durch Arbeitslosigkeit am Orte wie auf der Reise in Reich gerathenen Mitglieder von Arbeiterorganisationen. Das so gesammelte Material ist in entsprechender Bereinigung dem nächsten Kongress mit den geeigneten Vorschlägen zur Abstellung der konjunktiven Uebelstände vorzulegen.

Der Kongress macht es den Organisationen zur

Pflicht, für die Verbreitung und Unterstüßung der „Arbeiter-Zeitung“ in dem Sinne einzutreten, daß sie in allen Werkstätten gemeinsam sowie in allen Ortsgruppen eingeführt werde.

Der Kongress beschließt, daß an der Feier des 1. Mai nach wie vor festzuhalten ist.

Die Kommission wird beauftragt, eine Agitation gegen die Strafhausearbeit einzuleiten.

Die Vertrauensmänner haben überall Aktionen einzuleiten, daß bei den nächsten Wahlen der Wahltag den Arbeitern freigegeben werde.

Es ist eine Aktion einzuleiten, daß den Eisenbahnbefriedigten die Ausübung des Wahlrechtes ermöglicht werde.

Der Kongress protestiert gegen die Verwendung von Soldaten zur Erzeugung von Offiziersuniformen. Zur Begründung wird ausgeführt, daß in Krakan Soldaten für einen Offiziersmantel 1 Fl. bis 1 Fl. 50 Kr. (Zivilschneider 5—6 Fl.), für einen Waffenrock 1 Fl. bis 1 Fl. 50 Kr. (Zivilschneider 5 bis 6 Fl.), für eine Blouse 60 Kr. (Zivilschneider 2 Fl. 50 Kr.), für eine Hose 30 Kr. (Zivilschneider 1 Fl. 20 Kr.) bekommen.

Die Kommission erhielt noch den Auftrag, ihr Augenmerk auf die Bewegung der italienischen Arbeiterschaft, namentlich in Süditalien, zu richten, indem sie veranlaßt, daß öfter Artikel gewerkschaftlicher Natur, zur Veranlassung von Kräften geeignet, ebenso die hauptsächlichsten Beschlüsse des Kongresses in italienische Blätter übersetzt werden sollen, um es möglich zu machen, die dort bestehenden Organisationen auch zur Gewerkschaftskommission heranzuziehen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde der Kongress geschlossen.

Der Normalarbeitsstag und die englischen Gewerkschaften.

Einen interessanten Beitrag zur Politik der englischen Gewerkschaften bezüglich der Arbeitszeit geben die bekannten Verfasser der Geschichte der Trade-Unions, Sibney und Beatrice Webb, in dem neuesten Heft des Braun'schen Archivs.

Wie ist der Normalarbeitsstag, d. h. die Festsetzung einer gleichmäßig langen Arbeitszeit für alle Angehörigen eines Gewerbes, nächst dem Normallohn der wichtigste Programmpunkt der britischen Gewerkschaften geworden? Im vorigen Jahrhundert war von einer solchen Forderung fast noch keine Spur vorhanden und im unserm Jahrhundert haben sich die verschiedenen Arbeiterbranchen in sehr verschiedenem Tempo zu derselben entschlossen. Wie ist dies geschehen?

Die Verfasser des vorliegenden Aufsatzes zeigen nun, daß unter den Gründen, welche die Stellung der Gewerkschaften zur Arbeitszeitfrage beeinflussen haben, in erster Linie die Lohnfrage mitgespielt hat. Mag der Arbeiter noch so gern Einfluß auf die Festsetzung der Dauer seines Arbeitstages gewinnen wollen, die Rücksicht auf die Höhe seines Wochenverdienstes geht ihm stets voran. Würde die Erfahrung gezeigt haben, daß sich die Lohnlage des Arbeiters durch die Verkürzung des Arbeitstages verschlechtert hätte, so würden die auf letzteres abzielenden Bestrebungen sicherlich keinen erheblichen Einfluß gefunden haben. Wenn jetzt doch die Festsetzung des Normalarbeitstages eine Hauptforderung der Gewerksvereine bildet, so beruht dies auf dem festen Glauben der erfahrensten unter ihnen, daß unregelmäßige oder unbeschränkte Arbeitszeiten auch die Löhne nachtheilig beeinflussen.

Nur ist dies bei Lohnzahlung nach Tagen oder Wochen. Ein Arbeiter, der für dasselbe Geld länger arbeitet als die anderen, unterbietet seine Genossen gerade so gut, als wenn er ebenso lange Zeit, aber für weniger Geld arbeiten würde; er verankert jede Arbeitsstunde für einen geringeren Lohnsatz. Für alle Tages- und Wochenarbeiter ist daher die Forderung eines Normalarbeitstages eine notwendige Voraussetzung zur Aufrechterhaltung ihres Normallohnes. Anders scheint es bei Stück- oder Stundenarbeit zu liegen; hier scheint der Normallohnstag durch längeres Arbeiten nicht berührt zu werden. Und thatsächlich sind in solchen Gewerben, wo Stunden- oder Stücklohn vorherrscht, die Arbeiter erst später und schwerfälliger zur Forderung des Normalarbeitstages gekommen. Aber auf die Dauer erfahren auch diese Stück- und Stundenarbeiter, welche gedacht hatten, daß längere Arbeitszeiten ihnen höheren Wochenverdienst einbringen müßte, eine bittere Enttäuschung. Es besteht nämlich ein gewisser, relativ feststehender Einkommenssatz, den die einzelnen Arbeiterkategorien gewohnheitsmäßig für erforderlich erachten. J. B. „einen englisch u. Maschinenbauer dahin zu bringen, daß er in seinem Berufe wöchentlich für 13 Schilling arbeite, und sei das Angebot von Ma-

schienenbauern ein noch so übermäßiges, dürfte nicht leicht sein. Ehe er sich hierzu verstände, ehe er seine Selbstachtung derart verlor, würde er lieber als gewöhnlicher Handarbeiter thätig sein, oder die Straße gegen." Wenn aber einige besonders leistungsfähige Arbeiter, die im Stande sind, wenn auch nur für wenige Jahre, ununterbrochen von früh bis spät zu arbeiten, auf diese Weise einen über die gewohnte Lohnform ihres Berufes hinausgehenden Verdienst erreichen, so werden einerseits solche hohe Verdienste vom Unternehmer bequem als Grund dafür angeführt, daß eine Ermäßigung des Lohnsatzes geboten sei, und andererseits werden die mehr verdienenden Arbeiter im Widerstand gegen Lohnherabsetzungen weniger energisch auftreten. So geschieht es leicht, daß die Ueberzeitarbeit schließlich für das ganze Gewerbe üblich wird und die Stücklöhne herabgehen, bis sie trotz der längeren Arbeitszeit doch nur den alten Wochenverdienst ausmachen. Mitthin werden auch diese Stück- und Stundenarbeiter aus Gründen des Lohnes schließlich dazu gezwungen, mit altem Nachdruck auf den Normalarbeitsstag zu dringen.

Für die historische Entwicklung der Normalarbeitsstagsforderung bei den verschiedenen Berufen kommt ferner neben der Lohnfrage die Betriebsart in Betracht, welche für die einzelnen Arbeitsberufe vorherrscht. Die Arbeiter der modernen Großbetriebe sehen im Normalarbeitsstag den einzigen Ausweg, der unumgänglichen Verlängerung ihrer Arbeitszeit durch einseitige Entscheidung des Unternehmers zu entgegen. Der Heimarbeiter in der Dachstube dagegen empfindet den Normalarbeitsstag eher als eine Beeinträchtigung seiner persönlichen Freiheit. Und zwischen diesen beiden Haupttypen gibt es mannigfache Abstufungen. So kommt es, daß im vorigen Jahrhundert, wo die Heimarbeit bei Weitem vorwog, fast gar kein Verlangen nach Gesamtregelung des Arbeitstages vorhanden war. Erst als die fabrikmäßige Spinnindustrie entstand und den einzelnen Arbeitern jede Einwirkung auf ihren Vertrag verloren ging, wurde die Agitation für eine Fabrikgesetzgebung geboren. Den Spinners folgten die Bergarbeiter der Kohlengruben, die Bau- und Maschinenarbeiter, Fabrikarbeiter und Zeitarbeiter gingen voran, Stückarbeiter und Handwerksarbeiter folgten mehr oder weniger zögernd nach. Noch heute, wo alle Gruppen der Gewerksvereine von dem Gedanken der allgemeinen Regelung der Arbeitsstunden erfaßt sind, ist die Intenstivität, mit der sie ihre Forderung erheben, eine sehr verschiedene.

Wie verschieden sie aber auch, gemäß den dargelegten Ursachen, noch ist, der große Entwicklungszug der Wirtschaftsformen nimmt schließlich alle Arbeiterkategorien in den Bann der Normalarbeitsstagsforderung. Die Arbeiten von hundert verschiedenen, früher vereinzelt betriebenen Prozessen, welche jetzt zum Beispiel in den großen Maschinenbauwerken und Schiffbauwerken am Dampfer und Cane oder in den großen Werksstätten der Eisenbahngesellschaften konzentriert verrichtet werden, müssen unumgänglich durch dieselbe Dampfpeise, dieselbe Fabrikloche geregelt werden. So geschieht es schließlich, daß der verneinenden Mannigfaltigkeit, welche das Verlangen nach Normallohn kennzeichnet, wobei jedes Gewerbe, jeder Zweig eines Gewerbes seinen Sondercharakter behält, bei dem Verlangen nach dem Normalarbeitsstag eine verhältnismäßige Gleichförmigkeit gegenübertritt. Der „aristokratische“ Schiffszimmermann, Möbelschleifer oder Baumwollspinner, der sich bezüglich des Lohnes sehr erhaben über dem ungelerten Arbeiter fühlt, unterwirft sich der Idee völliger Gleichheit, wo es sich um Fragen der Arbeitszeit handelt. Wenn einmal die Bewegung für eine bestimmte Arbeitsstundenzahl bei einem Gewerbebezweig begonnen hatte, so endete sie mit der Anerkennung in allen Gewerbebezügen.

So war es mit der Behn- und Neunstundenagitation; letztere ging 1846 von den Münnern aus, ergriff während der folgenden dreißig Jahre das gesamte Gebiet der Industrie und hatte schließlich 1871—74 zum Ergebnis die fast allgemeine Einführung des neunstündigen Normalarbeitsstages für Handwerksgehilfen, Fabrikarbeiter und ungelerten Arbeiter, die gemeinschaftlich mit einer jener Klassen arbeiten. Wir dürfen, sagen die Verfasser, vielleicht behaupten, daß wir gegenwärtig in den ersten Jahren einer ähnlichen allgemeinen Bewegung stehen, die in der ebenfalls umfassenden Einführung des achtstündigen Normalarbeitsstages resultieren wird.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Erfahrung gelehrt habe, daß der Normalarbeitsstag nicht nur gleichmäßig, sondern auch genau festgesetzt sein muß. Die gesamte Geschichte der Ueberstundenarbeit beweist dies. Die Gewerksvereinsführer hatten früher fast nichts gegen die Ueberstundenarbeit, da die Mitglieder des Vereins besonders hohe Löhne aus derselben zu erzielen schienen. Man glaubte, daß durch die Fest-

setzung außerordentlicher Lohnsätze der Normalarbeitsstag als Regel nicht verloren gehen würde. Man irrte sich aber. Im Maschinen- und Schiffsbau wurde auf diese Weise die verlängerte Arbeitszeit zur normalen und das Belieben des Unternehmers in der Regelung der Arbeitszeit herrschte wieder vor; Arbeiter, welche freie Zeit einer Ertragszahlung vorziehen wollten, sahen sich bald entlassen; der Normalarbeitsstag war thatsächlich durchbrochen. Außerdem stote die systematische Ueberarbeit auch einen nachtheiligen Einfluß auf den Normallohn aus. Und schließlich kommt es auch dahin, daß im Falle schlechten Geschäftsganges und Lohnrückganges viele Arbeiter sich verjagt fühlen, durch längeres Arbeiten den Lohnausfall zu decken, was wiederum umfangreiche Arbeitslosigkeit hervorruft; so werden die Vereinskassen durch Arbeitslosengelder geleert, während andere Mitglieder in ausnahmsweise langen Ueberstunden arbeiten.

Aus alledem ergibt sich — und es ist das durch zahlreiche praktische Erfahrungen in England außer allen Zweifel gestellt —, daß alle Mißbräuche, Ausnahmen und Abweichungen für einzelne Industrien der Aufrechterhaltung des Normalarbeitsstages verhängnisvoll werden.

Die Verfasser des vorliegenden Artikels weisen die Nichtigkeit des letzteren Satzes noch besonders nach an der Arbeitszeit der Frauen und Kinder. Die Gesetze von 1860, 67, 78 brachten den Behn- und Neunstundentag. Das Parlament nahm aber allerlei Rücksichten auf die abweichend gearteten Verhältnisse der verschiedenen Industrien; es bewilligte unter gewissen Bedingungen Ueberstunden, erlaubte die Abänderung der Anfangs- und Schlusstunden der Arbeit, bezügl. der Mahlzeitpausen und Feiertage, ließ endlich Ausnahmen für einzelne Betriebsweisen zu. Sogar der Oberinspektor theilte 1878 noch diese Abneigung gegen die Gleichförmigkeit; er sah mit Wohlgefallen die „schwankende und elastische“ Regelung durch das neue Gesetz, wodurch „den Bedürfnissen und Gewohnheiten verschiedener Industrien entsprochen würde“. Sedoch eine zwanzigjährige Probe mit der „schwankenden und elastischen Regel“ hat die Inspektionsbeamten überzeugt, daß sich eine derartige fragwürdige Ordnung nicht halten läßt. „Alle Erfahrungen beweisen, daß keinerlei Beschränkung des Arbeitstages durchzuführen ist, wenn nicht gleichförmige und genau festgesetzte Stunden gegeben sind, vor und nach denen nicht gearbeitet werden darf.“ Der Bericht des Oberinspektors für 1894 strotzt von Klagen über die Unmöglichkeit, den Normalarbeitsstag angesichts der solchergearteten dem unaufrichtigen Unternehmer verliehenen ungerechten Privilegien aufrecht zu erhalten.

Alle Erfahrungen in der englischen Arbeiterwelt führen also zu dem Schlusse, daß Gleichförmigkeit und Nichtzulassung irgendwelcher Ausnahmen dringend geboten sind, wenn der Normalarbeitsstag nicht illusorisch werden soll.

Wieviel hat die deutsche Gesetzgebung nach aus diesen Erfahrungen in England zu lernen! Aber auch die deutschen Gewerkschaften sollten sich mit den englischen Verhältnissen bis in die Einzelheiten beschäftigen; die dort gemachten Erfahrungen können ihnen ihre eigenen Wege bedeutend erleichtern.

Agitationsbericht für den Bezirk Ostschlesien.

Wenn der Bericht nicht den Beschlüssen der Weisener Konferenz entsprechend, sondern etwas später erscheint, so hat dies seinen Grund einmal darin, daß ich beabsichtigte, eine gedruckte Uebersicht zu geben bezüglich der Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bezirk Ostschlesien. Da jedoch trotz verschiedenartiger Aufforderung der Eingang der Fragebogen, welcher sich Anfangs sehr gut anlies, bis heute noch nicht geregelt, ein weiteres Hinuschleiben des Berichtes jedoch nicht mehr angängig ist, so sehe ich mich gezwungen, diese Angelegenheit außer Betracht zu lassen. An die Kollegen aber, welche die Fragebogen noch nicht eingeleitet, richte ich das dringende Ersuchen, dies unverzüglich zu thun, resp. mir ihren ablehnenden Bescheid zugehen zu lassen. Nach mir zugegangener Nachricht der Kollegen Lundenich und Böhmke haben dieselben für die Bezirke Chemnitz und Leipzig ebenfalls eine derartige Statistik veranstaltet und ist es in Folge dessen nicht ausgeschlossen, daß dieselbe sodann zu einer Arbeit ähnlich der der Braunschweiger Kollegen ausgearbeitet werden kann. Es ist jedoch notwendig, möglichst genaue Angaben zu machen.

Ein weiterer Grund für das spätere Erscheinen meines Berichtes war der, daß ich glaube, es Bezug nehmen zu müssen auf die Berichte der Kollegen Böhmke und Lundenich. Ich will hier zunächst noch nebenbei bemerken, daß in einem Theile meines Bezirkes die in der Metallindustrie gewöhnlich seltene Form der Produktion, nämlich die Hausindustrie, in der primitivsten Weise betrieben wird und zwar die Messerschmiederei. Dieselbe geschieht in der Weise, daß der Arbeiter dem Unternehmer das Rohmaterial abkauft, hierfür eine bestimmte Anzahl Produkte zu liefern hat und somit das Risiko für ev. unbrauchbare Arbeit selbst zu tragen hat. Näher hierauf einzugehen halte ich an dieser Stelle nicht für notwendig.

Zur Sache selbst kann ich konstatieren, daß die Bewegung im Verhältnis zu den Vorjahren sich wesentlich gebessert hat.

So hat, abgesehen von Dresden, wo durch Agitationsveranstaltungen über die Zustände in den einzelnen Fabriken eine große Anzahl Mitglieder gewonnen wurden, auch in verschiedenen anderen Orten die Mitgliederzahl zugenommen; z. B. in Weisener, in Bina, wo eine sehr große Anzahl Arbeiterinnen in den Verband aufgenommen wurden und auch die Versammlungen sehr gut besucht waren; in Böhlig bei Weisener, wo eine Zahlstelle errichtet wurde usw. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß beispielsweise in der Gausitz die Agitation sehr erschwert wird durch den permanenten Totalmangel; es macht sich in Folge dessen notwendig, mehr in persönlichen Verkehr mit den Kollegen dieser Orte zu treten, was denn auch im Laufe des Sommers in ausgiebiger Weise geschehen ist.

Bedeutend erleichtert wurde mir die Agitation, insbesondere der persönliche Verkehr mit den Kollegen in der Provinz dadurch, daß wir, entsprechend dem Fortschritt der Zeit, das moderne der Verkehrsmittel, das Fahrrad in unsern Dienst gestellt haben. Einige Kollegen haben es sich zur Aufgabe gemacht, auf diese Weise eine natürliche Verbindung der Kollegen Ostschlesiens herzustellen. Und ich darf wohl sagen, daß es in diesem Halbjahre, den Umständen entsprechend, gelungen ist. So wurden im August und Oktober mehrmals Touren unternommen nach Neustadt b. Stolpen, wo die schon oben erwähnte Messerschmiederei als Spezialität betrieben wird und gegen 400 Arbeiter in dieser Industrie thätig sind. Allerdings hält es schwer, diese Leute zur Organisation heranzuziehen; doch da sich in dem in Neustadt bestehenden Emailirwerk ein fester Stamm von Verbandskollegen gebildet hat, so wird es deren eifriger Thätigkeit bald gelingen, auch unter den der Provinz der Unternehmers wechsellos gegenüberstehenden Messerschmiedern eine Organisation zu gründen. Weiter wurden Zebrütz besucht, leider war dies resultatlos, da die betreffenden Kollegen nicht anzutreffen waren.

Eine andere Tour wurde nach Königsbrück, Kamenz, Pulsnitz und Hadeberg unternommen. In Königsbrück befindet sich ein Emailirwerk. Eine Organisation zu bilden ist, trotzdem geeignete Genossen sich zur Uebernahme der Arbeiten bereit erklärten, unmöglich. Es kommt hier zunächst der fast betriebslose Indifferentismus der Königsbrücker Arbeiter in Betracht und die damit verbundene Furcht vor dem dominierenden Unternehmer- und Zwiesbürgertum. Auch der Militarismus trägt sein Theil zur indirekten Unterdrückung der Arbeiterorganisation bei.

Durch den bei Königsbrück errichteten Schießplatz und die neue Garnison ist dies Städtchen oft von Militärsozialen überzogen und da erklärt es sich, daß die Wirthe beharrlich ihre Säle zu Versammlungen verweigern. Man möchte bald sagen: „Selbstverständlich“ geübt auf einem derartigen Boden eine Organisation der Ostschlesier. Es fällt aber diesen Herren durchaus nicht ein, gegen die im Emailirwerk gezahlten theilweise kläglichen Löhne Front zu machen. In Kamenz ist Grund für den Verband gelegt. Durch Kontur der dortigen Fabrik stand zwar die Sache auf dem Spiele, es ist aber jedoch nach Wiederaufnahme des Betriebes und Eröffnung einer neuen Fabrik auch ein Aufschwung des Verbandes zu erwarten. In Pulsnitz soll auch im Frühjahr unter Mitwirkung von Parteigenossen versucht werden Verbandsmitglieder zu werben. In Hadeberg liegt leider die Bewegung, trotzdem schon seit Jahren eine Verwaltungsstelle besteht, sehr im Argen. Schuld mögen wohl theilweise früher vorgekommene Unregelmäßigkeiten tragen. Doch fällt die Hauptlast auf die Kollegen selbst zurück. Ihre Trägheit hindert sie, ihre Verpflichtungen gegen den Verband zu erfüllen. Gelangbereine und ähuliche stinkelischen gehen vor. Und dabei lassen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Hadeberger Fabriken viel, sehr viel zu wünschen übrig. Als Entschädigung kann und soll allerdings gelten, daß man ihnen beharrlich die Versammlungssäle abtreiben. Jetzt ist allerdings wieder ein Sozialertrug und hoffentlich müssen die Kollegen die Gelegenheit aus, um den Metallarbeitern, besonders den Ostschlesier, ihre traurige Lage vor Augen zu führen und dem Verbands die ihm entzerrnde Bedeutung zu veranschaulichen.

Eine mehrtägige Tour wurde nach der Gausitz unternommen. Hauptsächlich um uns zu orientieren, wie weit die Metallindustrie in den einzelnen Orten in Frage kommt und um unser Arbeitsfeld zu sondiren. Wie schon auf der Verbandskonferenz von Schulze-Bausen betont wurde, sind die Gausitzer Kollegen prägnant sehr gut organisiert. Mit Ausnahme von Neukirch befinden sich an allen Orten: Bausen, Böhau, Zittau, Großschönau und Alt- und Neugersdorf, wo die Metallindustrie Bedeutung hat, ziemlich viele Verbandsmitglieder. Bausen und Böhau sind glückliche Bezirke von geeigneten Versammlungsorten und besonders die Böhauer sind sehr rührig. Auch Zittau macht sich an die Arbeit. Die Gersdorfer müssen sich leider mühselig ohne Versammlungsort behelfen.

Ich gebe der Postung Ausdruck, daß auch im neuen Jahre die Gausitzer Kollegen ihre Schuldigkeit thun werden. — Es sei hier noch der Metallschlaggericht der Großschönauer Kollegen hervorgehoben. Mit jenem Opfermut haben die Kollegen fast ein halbes Jahr im Lohnkampf gekämpft. Und als die Unternehmer durch ihre Halsstarrigkeit sich selbst lieber zu Grunde richteten, als nachzugeben, erklärten die Kollegen den Streik für beendet, weigerten sich aber, die Arbeit zu den alten Verhältnissen wieder aufzunehmen.

In Zeisenerndorf wird Kollege Klumt-Gebersbach vermisst, Verbandsmitglieder zu gewinnen, während Niederneukirch von Dresden aus wird bearbeitet werden. In Neustadt bei Stolpen ist es uns bis jetzt aus Mangel an geeigneten Leuten noch nicht möglich gewesen Fuß zu fassen, obwohl eine größere landwirthschaftliche Maschinenfabrik sich dort befindet. Vielleicht gelingt es den am nächstgelegenen Kollegen aus Neustadt, dort Verbindung anzuknüpfen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Bischofswerda. Auch dort sind die Kollegen nicht zum Eintritt in den Verband zu bewegen. — Wie werden auch verjungen, in Berggießhübel und Gortleuba Fuß zu fassen, dort befindet sich eine Filiale der bekannten Oschlerer Gußstahlfabrik. In Freiberg scheint man, nach Berichten, sich auch auf der jaulen Seite zu gefallen. Wesentlich wird auch dort baldigst etwas mehr geackert. Wilsdruff ist ebenfalls von uns in Angriff genommen und befinden sich dort organisierte Kollegen. Der lebhafteste Verkehr entwickelte sich mit den Weisener

Kollegen. Auf Grundlage der erhobenen Statistik wurde, nachdem schon vorher oft Versammlungen stattfanden, eine große Versammlung einberufen und dort die Zustände in den Meißner und Köllner Werkstätten besprochen, wobei der Verband eine große Anzahl Mitglieder gewann. Die am meisten kritisierte Firma Biebold u. Sode, Nähmaschinenfabrik, fühlte sich durch diese Kritik beleidigt, zeigte den Meißner Reichard bei dem Staatsanwalt an und derselbe hat „in öffentlichen Interesse“ gegen Reichard Klage erhoben. Aus diesem Grunde blieb auch die Besprechung der Zustände dieser Fabrik in der Presse aus. Doch um die darüber unwillig gewordenen Meißner Kollegen zu beruhigen, theilte ich ihnen mit, daß aufgegeben noch lange nicht aufgehoben ist. Diese Art Agitation, die Werkstätten zu kritisieren, ist überall da, wo es Versammlungslöcher gibt, nach dem damit gemachten Erfahrungen, als die beste zu empfehlen. Gemeinsam wird im Frühjahr von uns ebenfalls in Angriff genommen werden, nachdem entsprechende Vorarbeiten gemacht worden sind. Nicht zum Besten ist die Lage für den Verband in Riesa. Trotzdem dort in den Saubhammerwerken die Löhne niedrig sind und die Arbeitszeit oft fast keine Grenzen hat, ist es sehr schwer, dort frisch pulkrendes Leben in die Bewegung zu bringen. Zudem fehlt auch ein Versammlungslöcher. Als ansichtslos aufgegeben wurde der von uns und dem Kollegen Fischer-Meißner gemachte Versuch, die Arbeiter der Saubhammerwerke zu Gröditz zu organisieren.

Dies wäre im Wesentlichen unsere Thätigkeit im verflochtenen Halbjahr nach der Landeskonferenz. Ich habe vermocht, die uns zugewiesenen Aufgaben zu erledigen. Zweier ist Einleit in das Verbandslieben der einzelnen Orte nehmen konnte, ist verfehlt, ein Gesamtbild der Lage des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ zu geben. Auf die wirtschaftliche Lage der Kollegen werde ich, wie schon Eingangs erwähnt, später in besonderen Artikeln eingehen. Die Kollegen ergehen hieraus, welche gewaltige Arbeit mir noch harret. Um diese zu bewältigen ist es notwendig, daß noch mehr als bisher Alles ineinander greift. Jeder mache es sich zur Pflicht, Anfragen und Aufträge sofort zu erledigen.

Die Korrespondenz dieses Quartals hat die der verflochtenen 2 Jahre schon übersteigen. Eingegangen sind bei mir 38 Briefe resp. Karten und 3 Telegramme. Ausgegangen 43 Briefe und Karten und 3 Telegramme. Nicht unbegriffen ist hierbei die Besprechung der statistischen Fragebogen. Versammlungen wurden abgehalten 11, und zwar in Meissen, Riesa, Haderberg und Schwan.

Die Kosten für die Agitation belaufen sich auf 57,62 M. In Einnahmen gemäß des Antrages 4 der Meißner Konferenz sind nur zu verzeichnen 4 M aus Reuherdort und erlaube ich deshalb die Kollegen der einzelnen Orte, dies zu berücksichtigen und baldmöglichst Gelder abzurufen, da zur weiteren Bearbeitung des statistischen Materials Geldmittel nöthig sind.

Kollegen! Das Unternehmertum sucht seine Organisation immer mehr zu vervollständigen, um die Spagen pfeifen es schon längst von den Dächern, gegen unseren Verband einen entscheidenden Schlag zu führen.

Darum auf! Jeder an seinen Posten. Jeder arbeite mit ganzer Kraft für die hohen Aufgaben unseres Verbandes. Mag uns das Unternehmertum, unterstützt von der Staatsmacht, bedrohen, wir müssen und werden ihnen ein Paroli bieten.

Es lebe der Deutsche Metallarbeiter-Verband!
Mit kollegialem Gruß
Richard Pohle,
Korrespondent für Ost-Sachsen.

Zur Generalversammlung.

„Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig.“ Wenn Kollege Bruder einen Antrag auf Erhöhung der Beiträge stellen kann, so nehme ich für mich das Recht in Anspruch, einen Antrag, nicht etwa auf Ermäßigung, sondern auf gerechtere Vertheilung der Beiträge den Genossen zur Diskussion zu stellen. Ob die Genossen ihn annehmbar finden oder nicht, ist ihre Sache. Je mehr oder weniger der M. V. emittieren kann für eine bessere Lebenslage seiner Mitglieder, je höher oder niedriger wird der Arbeitslohn am betreffenden Orte sein. Dem entsprechend kann man es doch nicht rechtfertigen, daß in den Orten, in denen der Verband wenig oder nichts thun kann, der Beitrag ein etwas höherer ist, wie in den besser gestellten. Ich stelle also den Antrag, derselbe ist bis zum 6. Februar dem Vorstand einzubringen. Neh., die Beiträge proportional nach dem erwerblichen Tagelohn, welcher je überall verschieden zu stehen.

In Berlin beträgt der ordentliche Tagelohn 2,20 M, der Wochenlohn 15. Würden beispielsweise 11,5 Prozent dieses Lohns, also 2,23 M Beitrag erhoben, könnte der Berliner dieses doch ganz gewiß eher zahlen, wie der hiesige Metallarbeiter, der bei 1,50 Tagelohn, also 9 Wochenverdienst 13 M zahlen muß. Um die Sache zu terminieren, bitte man ja 2,5 oder 4 Wochen einzubringen. Jedenfalls: wo ein Pfote ist, da ist auch ein Weg.

Die Genossen mögen meinen Antrag diskutieren, wir können unsere Meinungen erörtern, dazu ist ja unser Organ da, und finden wir, daß unser Antrag anderen Verhältnissen zum Zweck ist, um, so wird er eben angenommen. Einzelne werden gewiß etwas dagegen einzuwenden haben, aber wer einen besseren Vorschlag macht, der möge ihn bringen. So wie vorher geht's nicht weiter, unsere Beiträge werden nicht weniger als angemessen.

Gütergasse. O. Siegelmann

Zum Sauburger Sassenarbeiter-Streik.

„Der Gewerkeverein“, das Organ der deutschen Gewerkevereine, herausgegeben von Dr. Max Hirsch, bringt in der letzten Nummer folgende bezweifelnde Notiz:
Der Sauburger Sassenarbeiter-Verband hält nun schon sechs Wochen an, und es ist immer noch nicht abzusehen, wann er sein Ende finden wird. Da richtet denn die Zentral-Verbandskommission einen Antrag an die Arbeiter des Deutschen Reichs und bittet darin um Unterstützung von Mitteln zur Unterstützung. Der Antrag trägt die Unterschriften von neunundzwanzig Gewerkevereinen mit Angabe der betreffenden Gewerkevereine. Die Kommission hat den Antrag

auch an uns zum Abdruck im „Gewerkeverein“ eingesandt, den wir aber ablehnen müssen, denn sollte man offiziell unter den Gewerkevereinen Gelder sammeln, dann hätte man unsere Gewerkevereine bezin, den Zentralrat angehen müssen, den Antrag zu unterschreiben. Wir haben eine ansehnliche Anzahl unter unseren Gewerkevereinen, die erheblich größer sind, als sie auf dem Flugblatt verzeichnet stehen. Eine Kollektion von mehr als 70.000 Arbeitern aber einfach links liegen zu lassen, und sie dann kurzer Hand zu erlösen, Gelder zu sammeln, ist, gelinde ausgedrückt, etwas stark. Wo wir mitarbeiten sollen, wollen wir auch mitarbeiten. Auf-fällig ist es auch, daß eine Anzahl größerer Gewerkevereine unter dem Auftrage steht. — Wie wir hören, sind von untheiliger Seite neue Einigungsversuche im Gange. Es wäre dringend zu wünschen, daß recht bald ein ehrenvoller Friede zu Stande käme.“

Dazu bemerkt der „Vorwärts“:
Die Gründe, die zur Ablehnung für den Abdruck des Antrages angeführt werden, sind faule Ausreden. Eine Gewerkevereine, die wirklich die Interessen der Arbeiter vertritt, wartet nicht, bis ihr die Aufforderung zugeht, für die Streikenden zu sammeln, sondern sie ergreift selbst die Initiative. Das ist seitens der Hirsch-Dumreicher bisher nicht geschehen und war auch von einer Organisation nicht zu erwarten, deren Mitglieder mit Zustimmung der maßgebenden Personen das Anwerben von Streikenden bezweckten. Andererseits hätte aber auch die Sammlung unter Leuten, die Vereinen angehören, die von je „hoher sozial-politischer Einsicht“ geleitet sind, höchstens ein Mißgeschick ergeben. Zeitiglich sei bemerkt, daß die unter dem Hirsch fehlenden Unterschriften einiger hervorragender Gewerkevereine aus Sachsen weggelassen sind. Der Klub bleibt den Hirsch-Dumreichern Gewerkevereinen allein, den Sauburger Streikenden die Unterstützung verweigert zu haben.

**Verbands-Kollegen!
Vergeht die Arbeitslosen-Statistik nicht!**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Bekanntmachung.**

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß Anträge zur Generalversammlung spätestens 14 Wochen vor dem Tag der Versammlung dem Vorstand eingereicht sein müssen und es dahin zu sehen, um eine rechtzeitige Berücksichtigung derselben vornehmen zu können, alle für die nächste Generalversammlung bestimmten Anträge so bald einbringen, daß sie spätestens am 6. Februar d. J. in Händen des Vorstandes sind.

Da die vom Vorstand für das Jahr 1896 in Aussicht genommene Arbeitslosenstatistik teilweise in ihrem kleinsten den niedrigsten gehalten Erwartungen entspricht, hat der Vorstand beschlossen, diese Erhebungen im Jahre 1897 fortzusetzen und ersuchen wir die Mitglieder, unter Bezugnahme des beiliegenden Materials unverzüglich den Vorstand, sowie die Besorgung einer ne hergestellten Arbeitslosigkeit in der vorgerichteten Weise den Verwaltungen, Bevollmächtigten oder dem Vorstand anzugeben.

Sodann ersuchen wir die Ortsverwaltungen beim Bevollmächtigten, die etwaige Veränderungen der Zusammenfassung oder Abtrennen der Verwaltungenmitglieder nach nicht nach hier gemeldet haben, dies umgehend zu thun, andernfalls ist nicht in das Adressenverzeichnis aufgenommen werden können.

Weiter beabsichtigen wir, Adressen der Agitationskomitees, Bezirksvereinsvorsitzender u. d. d. Adressenverzeichnis einzubringen und ersuchen daher um Angabe der Namen derjenigen bestehenden Komitees sowie ihrer genauen Adressenverzeichnisse.

- Folgende Mitgliederbücher sind ungenügend und aufzuheben:
3985 des Schöners Hermann Peincke, geb. zu Neuburg am 28. März 1873.
- 32168 des Schöners Eduard Stein, geb. zu Dahl am 31. Oktober 1852.
- 53713 des Klempners Ernst Reifner, geb. zu Siebrich am 6. August 1848.
- 12266 des J. G. Friedricha Birtenfeld, geb. zu Rindorf am 2. Dezember 1871.
- 122626 des Drebers Heinrich Klug, geb. zu Bodenheim am 16. Januar 1875.
- 120757 des Schmiedes Christian Jensen, geb. zu Hochheim am 29. Dezember 1850.
- 123791 des Schlossers Paulhafer Schulz, geb. zu Siebrich am 4. Juli 1844.
- 143206 des Mechanikers Friedrich Weber, geb. zu Damsdorf am 27. Mai 1871.

Der Siebener Herrmann Baumann, geb. zu Sauburg am 14. Juni 1849, emigriert am 24. Mai 1894 zu Zimmern, hat in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter der Sektion der Siebener zu Zimmern unter Übernahme von 2.317,70 M. Zimmern verlassen und ersuchen wir die Verwaltungen, ihn im Verzeichnisse zu verzeichnen und uns darüber sofort Nachricht zu geben zu lassen.

Dem Schlosser Gustav Richter, geb. zu Giesberg, Kr. Sauburg, am 24. Dezember 1871, S. Nr. 125 210, wird hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß gegen ihn ein Ausschließungsantrag wegen geschlechtlichen Straßendiebstahls der Abrechnung beim Vorstand eingegangen ist. Es wird ihm zur Zeit gelassen, daß er gegen die unter den Kollegen getroffene Entscheidung, mehr als in der hiesigen, ohne Begründung der Abrechnung zulässig verbleibt und diesen Verdict, nach durchgeführter Arbeit und Unterstützung, erstehen und so dem Unterzeichneten wissenschaftlich Anlaß zur Verhängung der Ausschließung gegeben hat. Krüger wird, da ihm Ausschließung unbekannt, durch Bekanntmachung dieses Beschlusses zur Rechtzeitigkeit gehen mit dem Verdict, daß der Vorstand

ohne eine solche über den Antrag beschließen wird, sofern dieselbe nicht bis Ende dieses Monats bei ihm eingegangen ist.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an
Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1,
zu richten, und ist auf dem Postabdruck genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Der Klempner Julius Köster, geb. zu Neumünster am 19. September 1871, B. Nr. 28 268, wird, um Angabe seiner Adresse gebeten.

Korrespondenzen.

Formen.

Schwelm. Wegen Lohnabzug werden die Formen Deutschlands aufgefordert, den Bezug zu der Firma Behn u. Co. in Schwelm fernzuhalten.

Klempner.

Flensburg. In der Versammlung der Sektion der Klempner am 29. Dezember v. J. bildeten die Vorkommisse in der Möller'schen Blechwaarenfabrik den Gegenstand der Verhandlungen. Es sind dort die beiden Kollegen am ersten Arbeitstage nach Weihnachten gemäßigert worden, welche nach von dem vor 2 Jahren von Herrn Möller provozirten Streit her in der Bude beschäftigt waren. Daß nun diese Mäherhüter Herrn M. schwer im Magen lagen, versteht sich für Denjenigen von selber, der weiß, mit welchem Paffe der Herr Fabrikant unserem Verband gegenübersteht. Leider ließen sich ein paar sogenannte Kollegen, Möller und Beslof von M. dazu gebrauchen, die Kollegen aus der Fabrik zu bringen, obwohl ihnen die beiden Gemäßigerten stets in kollegialer Weise begegnet waren. Herr Möller hat nun seine Bude glücklich „geräumt“, nun ist er sie los, die Verhafteten, die ein steifes Rückgrat hatten. Er hat damit dem Verbands den Fehdehandschuh hingeworfen. Wohlan, Herr Möller, wir nehmen ihn auf und geloben, daß es diesmal nicht so gehen soll wie bei ihrem Vorkauf vor 2 Jahren; Sie wollen den Kampf — nun sollen Sie ihn haben. Freilich momentan, bei der flauen Zeit, sind Sie im Vorteil, aber auch unsere Zeit kommt wieder! — Kollegen, aufmerksam! Wenn das Gesicht den einen oder anderen von Euch nach Flensburg verschlägt, so geht in großem Bogen an der Möller'schen Blechwaarenfabrik vorbei, da wir über dieselbe die Zwerre verhängt haben.

Saarlautern. Die Gründung der hiesigen Sektion der Blechner und Schmiedeleute erfolgte auf Anregung der am 29. März 1896 in L'hemung abgehaltenen Konferenz, in welcher beschlossen wurde, unter den Metallarbeitern Badens eine rege Agitation zu entfachen. Nachdem in der allgemeinen Verwaltungskonferenz die Gründung von Bezirkssektionen grundsätzlich beschlossen war, wurde es den organisierten Blechnern überlassen, in ihrer Bunde den Versuch zu machen, was denn auch durch umfängliches Sorgen gelung. In einer gut besuchten Versammlung, welche am 9. Mai stattfand, erließen 22 Kollegen ihren Beitritt und es reichte in das der Gründung, eine Sektion des D. M. V. zu gründen, was am 16. Mai ausgeführt wurde. Während dieser Zeit fanden 15 Versammlungen statt, welche durchschnittlich gut besucht waren. Unsere wichtigste Aufgabe war: Einführung der 14 stündigen Mittagspause und prozentualer Lohnauschlag von 50 und 75 Proz. für Nebenarbeiten und Sonntagsarbeit, welche Forderungen von 2. der hiesigen Gewerkschaft anerkannt wurden. Die Lohnverhältnisse konnten als günstig bezeichnet werden. Die Gesamtsummen betragen 455,70; an die Hauptkasse und abgeant 267,25. 118,35 wurden für lokale Zwecke verausgabt. Mitglieder sind eingetretten 197, zugereist 9, übergetreten 15, abgerüst 21, gestorben 1, freiwillig ausgetreten 3, geirrt haben wegen Beitragsrest 15, wegen Streikbruch 1. Die Zahl der Mitglieder war im 2. Quartal 50, im 3. Quartal 105, am 31. Dezember 1896 90. — In die Ortsverwaltung wurden gewählt: v. Kellner, Bevilan, Wilhelm, 64; Franz Barck, am, Müller, Karl, Friedrich, 3; Emil Kasper, 1; Ad und Kurensen als Stellvertreter. — Der Rest des hiesigen Zweites wurde beschloßen, während der Dauer des Kampfes pro Woche und Mittagsglied einen Ortsbeitrag von 20 M zu erheben. Bis jetzt sind hierfür 23,90 eingegangen, welche an den Kartell-Kassier abgeliefert sind. — Kollegen, wie es auch Euch, die beständige Opferwilligkeit und Solidarität auch im neuen Jahre zu bewahren, damit wir unseren Prinzipien in jeder Hinsicht gerecht werden.

Metall-Arbeiter.

Feld a. d. L. In der am 26. Dezember v. J. abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Dr. Albrecht als Bevollmächtigter, G. Otto als Kassier, Jahn, Brandenburg und Höber als Stellvertreter. — Die Klempnersektion wird beim Bevollmächtigten Dr. Albrecht, Pfaffen, 10, S. 10, von 7-8 Uhr, abgehalten. — Unsere Versammlungen finden regelmäßig jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat auf der Herberge statt. — Gleichzeitig machen wir die Kollegen auf unser Zeitungsblatt aufmerksam, welches am 17. Jan. im „Prozentschein“ herausgegeben wird. Die Kollegen werden ersucht, die Verzeichnisse im Druck besser zu beibringen wie im alten Jahre und recht kräftig für Ausbreitung des Verbandes zu wirken.

Berlin. Der Bezirk Zentrum und Süden des D. M. V. hat am 16. Dezember v. J. im Neuenhändischen Clubhaus eine regelmäßige Monatsversammlung ab. Genosse Dr. Friedberg hielt einen Vortrag über: „Der Einfluß der sogenannten sozialen Bewegung auf das Leben des Arbeiters.“ Bei der Wahl der Bezirksleiter wurde Fischer als 1. Vorsitzender, als 2. und Elise Dünkel als Schriftführerin einstimmig wiedergewählt. Zu Stellvertretern wurden Müller und C. Siebold gewählt. Die Wahl des Bezirksleiters wurde ausgezögert. Unter Vorwandsangelegenheiten wurde der Agitationskommission der Vorwurf gemacht, daß sie mit der Ortsverwaltung nicht Hand in Hand gehe, denn sonst müßte

ste es ganz genau wissen, an welchem Tage die Bezirksversammlungen stattfinden, für den heutigen Tag hatte sie, wo in 2 Bezirken Versammlungen stattfinden, eine öffentliche Versammlung einberufen. Nur dadurch, daß die öffentliche Versammlung nicht abgehalten werden konnte, war der Versuch ein sehr guter.

Chemnitz. Die hiesige Kronleuchter-Fabrik von Adolf Wagner sucht, wie es bereits früher geschehen ist, von auswärtigen Gürtler nach Chemnitz zu erlangen. Es werden in der betreffenden Fabrik ca. 140 Arbeiter beschäftigt, von welchen allerdings kaum 10 gewerkschaftlich organisiert sind. Während der Saison in dieser Branche herrscht in dieser Fabrik eine sehr lange Arbeitszeit. So wurde z. B. fünf Wochen vor Weihnachten jedem Arbeiter bekannt gemacht: Von heute ab wird jeden Abend bis 10 Uhr und Samstagabends Nachts durchgearbeitet. Was die sanitären Einrichtungen der Fabrik betrifft, so ist zu bemerken, daß in einem ungeheizten Raum, in welchem 8 Leute arbeiten, die zerbrochenen Fensterstreifen erst Ende November nach einige Male erfolgloser Vorrichtung repariert wurden. Das Ausgießen der Rohre mit Kolobolium geschieht in den verschlossenen Arbeitsräumen. Die Befestigung der Affordreue geschieht in der Weise: Das erste Stück (genanntes Mäuter) wird im Stundenlohn gemacht, für das zweite Stück gibt es dann oft die Hälfte und auch darunter in Erford. Als Herr Wagner bei einer solchen Gelegenheit ein Arbeiter entgegenhielt, es wäre nicht möglich, für diesen Preis zu arbeiten, antwortete er: „Sie können es sich zur Ehre schätzen, für den russischen Kaiser arbeiten zu dürfen.“ Für zerbrochene Sachen und es gibt Gegenstände, die sehr leicht zerbrechen) werden Abzüge bis zu 15 % gemacht.

Chemnitz. Die am 3. Januar im „Schützenhaus“ abgehaltene Metallarbeiterversammlung war so überaus stark besucht, daß bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung das Lokal polizeilich abgesperrt wurde. In den angrenzenden Straßen wogte eine zahllose Menschenmenge, welche vergebens Einlaß begehrte. Genosse Karl Niemann schloß in eingehender Weise die Ursachen und den bisherigen Verlauf des Hamburger Hafenarbeiterstreiks. Weiter besprach der Referent die Entlassung zweier Schmiede in der „Sächsl. Maschinenfabrik“. In einem der Schmiede soll von einem Beamten das Annehmen gestellt worden sein, die Sammler für den Hamburger Streik zu nennen. Dabei wurden dem Arbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in Aussicht gestellt. Als der Arbeiter dies Annehmen zurückwies, wurde derselbe entlassen. Dem zweiten Schmied soll als Entlassungsgrund gesagt worden sein: Wir haben zu viel Arbeiter.“ Es ist aber allgemein bekannt, daß die Sächsl. Maschinenfabrik auf Jahre hinaus mit Aufträgen überhäuft ist. Der wahre Grund ward sein: „Der Mann hat Streifgeld bekommen.“ Das erfuhr denn auch einer der beiden Schmiede, als er die „Arbeitsnachweisstelle Chemnitzer Metall-Industrieller“ in Anspruch nahm, wo ihm zwar ein Nachweisechein ausgestellt wurde, jedoch mit einer „Beschränkung“, welche in der Versammlung allgemeine Entrüstung hervorrief. Die Versammlung sprach in einer Resolution den streikenden Hafenarbeitern ihre vollste Sympathie aus und tadelt sehr scharf die Handlungsweise des Geschäftsführers der Arbeitsnachweisstelle der Chemnitzer Metallindustriellen. — Nach einem kräftigen Apell an die Anwesenden, sich dem D. M. V. anzuschließen, schloß die impulsive Versammlung.

Duisburg. In der Mitgliederversammlung des D. M. V. vom 2. Januar wurden gewählt: als Bevollmächtigter: E. Drey, Dreher; als Kassierer: J. Schwarz; A. Schneider als Schriftführer. — Dann wurde der Beschluß gefaßt, daß im neuen Jahr dahier eine thätigkeits Agitation entfaltet werden soll, da am hiesigen Platz von ca. 20 000 Metallarbeitern kaum 100 Mann dem Verband angehören. Die traurige Lage der hiesigen Metallarbeiter resultirt auch daraus, weil der Paronienverein bisher von vielen Metallarbeitern unterstützt wird. Wir haben es uns daher zur Pflicht gemacht, mit aller Energie für unsere Sache einzutreten und deshalb finden unsere Versammlungen jetzt alle 14 Tage statt.

Fernersleben. Am 22. Nov. v. J. gründeten wir in Fernersleben eine Verwaltungsstelle des Verbandes. Trotz zweier öffentlicher Metallarbeiterversammlungen war es nur möglich, von den ungefähr 900 Metallarbeitern, die in den drei zusammenhängenden Dörfern Fernersleben, Salbte und Weichhagen wohnhaft sind, 22 Mitglieder anzuwerben. Daß nicht mehr beigetragen lag daran, daß wir keine gründliche Agitation entfalten konnten, es ist dies aber nun nachgeholt werden. In die Verwaltung wurden gewählt: Aug. Gieseler, Fernersleben, Mühlenstr. 5, als Bevollmächtigter; Herrn Wierow, Schönleberstr., als Kassierer; Herrn Gerike, Gust. Weismann (Salbte) und Gust. Friedrich als Revisoren.

Heilbronn. Im Allgemeinen kann für Heilbronn ein Ausschuss in der gewerkschaftlichen Organisation verzeichnet werden, nur die Metallarbeiter hängen nach und sie sollten daher, um sich vor den andern nicht bloß zu stellen, etwas kräftiger sein. Eine nette Abfuhr erlitt der hiesige evangelische Arbeiterverein, dem es nach unserer Zeitschriftenherberge gelästete; dieselbe war von den hiesigen Gewerkschaften nur gewachtet. Der evangelische Arbeiterverein hatte sie beinahe schon gekauft (der „Betreuerverein“), ich die Herren nicht absprechen), als in letzter Minute noch in Folge der Opferwilligkeit finanziell besser gestellter Genossen die verlangte Anzahlungsumme gestellt werden konnte. Die „Evang. Arbeiter“ die schon gekauft hatten, machen jetzt lange Gedächtnis. Daß es so weit kam, ist hauptsächlich dem Genossen Schäfer (Wirtschaftsführer) und dem Vorsitzenden der Gewerkschaften, dem Kollegen Wölfl, zu verdanken. — In der am 15. Dezember stattgefundenen Versammlung des D. M. V. wurde Weber zum Bevollmächtigten, Doms zum Kassier, Farnier zum Schriftführer, Wölfl und Hüttinger zu Revisoren gewählt. — In einem der nächsten Berichte wollen wir einige hiesige Werksstätten wegen der humanen Behandlung ihrer Arbeiter kennzeichnen.

Eberroden. In der letzten Mitgliederversammlung wurden nach einem Vortrag des Kollegen Karl Jaf. Bregm als Bevollmächtigter, Konrad Weber als Kassierer, Michael Giesel, H. Kitzlaus, Kauf und Aug. Reuschel als Revisoren gewählt. Ein Antrag auf Unterstützung des Hamburger Hafenarbeiterstreiks wurde angenommen.

Offenburg. Am 27. Dezember v. J. hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine Versammlung ab. In die Ortsverwaltung wurde Wily. Schneider als Bevollmächtigter, A.

Liebe als Kassierer, C. Ugelbinger, C. Schulz und K. Fleckner als Revisoren gewählt. Möge die lehrreiche Debatte, die sich an den Jahresbericht knüpfte, nicht nutzlos verhallen. Möge es uns im kommenden Jahre gelingen, die große Zahl der uns noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen. Darum, Ihr Kollegen, laßt den schon so oft an Euch gerichteten Ruf zur Organisation nicht länger spurlos an Euch vorbeiziehen und schart Euch mit uns um das Banner der Organisation.

Ravensburg. In der am 12. Dezember v. J. abgehaltenen Versammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Vogt als Bevollmächtigter, Schmitt als Kassier, Ehrle, Sigg und Ziegler als Revisoren. — Hierauf wurde die Aufforderung an alle Verbandskollegen gerichtet, ihren Verpflichtungen in jeder Beziehung nachzukommen und hauptsächlich dahin zu wirken, so viel wie möglich neue Mitglieder zu gewinnen, damit wir im Jahre 1897 ein gutes Stück vorwärts kommen.

Wald. Der Jahresbericht unserer Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes zeigte in der Generalversammlung vom 18. Dezember ein immerhin erfreuliches Bild. Am 1. Februar 1896 mit 7 Mitgliedern gegründet, betrug dieselbe am Jahreschluss 51. Davon abgereist, ausgetreten und gestrichen 8, verbleiben 43 Mitglieder. Außer den 14-tägigen Versammlungen wurden 5 öffentliche Metallarbeiter- und 2 öffentliche Gewerkschaftsversammlungen abgehalten. An Einnahmen sind 189,25 Mk., an Ausgaben 158,37 Mk. zu verzeichnen, so daß ein Reinertrag von 30,88 Mk. verbleibt. Unter den Ausgaben sind 55 Mk. an den Hauptverband, der Rest für örtliche Agitation, Zusage, Delegiertenkosten, Postos usw. ausgegeben worden. Außerdem wurden für den Streik der Schliffelbohrer 70 Mk. und über 40 Mk. für die streikenden Hafenarbeiter von Verbandsmitgliedern gesammelt. Dem Vorstand wurde einstimmig die Charge erteilt. Emil Bauermann wurde zum Bevollmächtigten, zum Kassierer Wilhelm Fischer, als Schriftführer Widelhaus II. zu Revisoren Widelhaus I, Blummann und Wiese gewählt. Eine rege Diskussion entspann sich über unsere Thätigkeit im neuen Geschäftsjahre. Alle Redner traten für energische Agitation ein, um die fernstehenden Arbeitsbrüder in die Organisation zu bringen, denn erst wenn wir stark genug sind, werden wir greifbare Vorteile erreichen und Mißstände beseitigen können.

Wald. Ueber die Ofenfabrik Weltert u. Co. in Zurssee bei Zülich ist wegen Maßregelung einer Anzahl Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Metallarbeitergewerkschaft die Sperre verhängt.

Mechaniker.

Frankfurt-Bodenheim. Die Sektion der Mechaniker hielt am 14. Dezember v. J. ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand u. A. ein Vortrag von Kollege Wöhland über: „Die Arbeitslosigkeit, ihre Folgen, Wirkungen und Beseitigung, mit kritischer Beleuchtung der Arbeitslosenunterstützung.“ Kollege Wöhland behauptete in seinem Vortrage zunächst die Unterstellungen, die zur Zeit von Seiten des Staates geleistet werden, ferner kritisierte Redner das Unterstützungsverfahren der einzelnen Gewerksvereine und widerlegte hierbei in klaren Beweisen, daß ein Unterstützungsverein niemals ein leistungsfähiger Kampfverein sein kann und deshalb weidert sich Redner ganz entschieden gegen eine Arbeitslosenunterstützung in unserem Verband. In der Diskussion waren sämmtliche Redner derselben Ansicht. Zumal Kollege Peterhans findet es lächerlich, daß Kollege Bredner in Nürnberg in seiner Rede für die Arbeitslosenunterstützung einen Metallarbeiter 3 Mk. sage und schreibe drei Mark Unterstützung anbietet. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung protestirt gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verband, sie erklärt sich für Abschaffung der Heißenunterstützung. Das Unterstützungsverfahren verzögert die Entscheidung im Klassenkampf. Der Metallarbeiter-Verband möge seine Kräfte und Mittel zur Verwirklichung des § 2a unseres Statuts verwenden. Es ist aus finanziellen und taktischen Gründen nicht rathsam, daß die Gewerkschaften eine derartige Unterstützung einführen. Nicht durch Selbsthilfe, sondern nur auf gezieltem Wege könne in diesem Falle etwas Brauchbares geschaffen werden, was außerdem noch den Vortheil habe, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit damit Hand in Hand geht.“ — Die Ortsverwaltung wurde per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Der Versammlungsabend wurde vom Montag auf Dienstag verlegt. — Es werden im neuen Jahr alle 4 Wochen gemeinschaftliche Versammlungen mit der allgemeinen Verwaltung des D. M. V. abgehalten.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Ginsbittel. Schlosser und Maschinenbauer. Mitgliederversammlung vom 19. Dezember 1896. Weinert hält einen Vortrag über den Hafenarbeiterstreik, schildert erst die Lage der Hafenarbeiter vor dem Streik und geht, die einzelnen Punkte besprechend, auf den heutigen Stand desselben über. In Besonderen geistete er in scharfen Worten das Verhalten der Arbeitgeber betriffs des Schiedsgerichts und erklärt das Gerücht von der Beendigung des Streiks für falsch. Dieran schließt sich eine lebhafte Debatte. Kollege Bergmann bringt sodann seinen Bericht vom Kartell. Nachdem wurden noch verschiedene Anträge und Anfragen aus der Mitte der Versammlung erledigt.

Singstetter.

Altona. In der am 21. Juli 1896 stattgefundenen Versammlung der Arbeiter der Ziegenbühlischen Werkstätte mit der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Altona a. Elbe, ist betreffend die Altona u. Bornemannsche Singstetter-Werkstätte (Zughaber A. Ziegenbühl, Ottenen, folgende Resolution angenommen worden: Es wird erkannt: Die genannte Werkstätte ist als geregelt zu betrachten, da die Anschuldigungen nur geringer Natur sind und nicht der vollen Wahrheit entsprechen.“

Feilenhauer.

München. Die Sektion der Feilenhauer und Schleifer hielt am 12. Dezember v. J. eine Versammlung ab. Der Bevollmächtigte Baumert berichtete über den Hafenarbeiterstreik; derselbe ist sowohl von den Meistern als auch von den Gehilfen sehr rege in Anspruch genommen worden. Der

Situationsbericht des Vorsitzenden wurde mit Beifall aufgenommen. Die Wahl ergab: Bevollmächtigter: Josef Vogl, Holzstr. 24 b. III.; Kassier: Josef Hackl, Jaktattstr. 22. II.; Revisoren: Leopold Hagelmeier jun., Hermann Albrecht und Michael Scheiber. — Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Bevollmächtigten; Sprechzeit: Abends von 6 bis 8 Uhr. Unter „Verschiedenem“ wird auf den Hamburger Hafenarbeiter-Streik hingewiesen und werden zur Unterstützung der Streikenden aus dem Reservefond 25 Mk. bewilligt. Ferner wird der Antrag: Den 1. Mai zu feiern, einstimmig angenommen. — Außerdem ist bekannt zu geben, daß die Differenzen in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit beigelegt sind, nachdem auch diejenigen Meister, welche ihre Arbeiter bis Neujahr 1897 herüberlassen haben, nun auch bewilligten.

An die Arbeiter Deutschlands!

Arbeitsbrüder! Wie Ihr Alle wißt, befinden sich seit Anfang Oktober die Arbeiter des Emailwerkerts von Carl Thiel u. Söhne im Auslande. Muthig hat seitdem die Majorität der Kämpfer ausgehalten und noch immer ist kein Ende des Ausstandes zu sehen.

Das Gütliche Unternehmthum ist sehr verwundert über die Solidarität der Ausständigen und der Lübeck Arbeiterchaft. Es hat deshalb rüchbare Nähe geschworen. Keiner der Ausständigen, sowie Jeder, der sich weigert, Streikbrecherarbeit zu verrichten, soll in Lübeck wieder Arbeit erhalten.

Aushungern! also will das Proletariat die kämpfenden Brüder! Nur wohl! Ihr Alle, Arbeitsbrüder in Deutschland, könnt den Ausständigen insofern hilfreich sein, als Ihr den Zuzug von Arbeitern jeglichen Gewerbes nach Lübeck verhindert.

Arbeiter Deutschlands! Haltet den Zuzug nach Lübeck fern, unterstützt uns. Helft Euren kämpfenden Arbeitsbrüder!

Das Streikkomitee:
J. A. H. Schweizer.

Gerichts-Zeitung.

Die Arbeiter der Erker'schen Lampenfabrik in Berlin hatten bekanntlich Anfang Mai vorigen Jahres wegen der Erhöhung des Lohntarifs die Arbeit eingestellt, so daß die Firma von auswärts, zum Theil aus Wien, Ersatzarbeiter annahm. Am 3. Juni rief nun der Former J. Smer, der sich unter einer größeren Schaar Ausständiger in der Lindenstraße befand, den von einem Mitinhaber der Fabrik, Heegewald, geleiteten Arbeitern zu: „Ihr Streikbrecher, Ihr werdet ja geführt wie die Zuchthäusler!“ Das Schöffengericht erachtete dafür, daß diese Worte nicht nur für den Heegewald, sondern auch für die von ihm begleitenden Arbeiter eine Ehrverletzung enthielten und auch nur zu dem Zwecke gebraucht wurden, um die Arbeiter zur Theilnahme an dem Ausstand zu bewegen. Der Angeklagte sei daher wegen Vergehens gegen §§ 152, 153 S. O. mit 14 Tagen Gefängnis zu bestrafen. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde von der sechsten Strafkammer des Landgerichts I verworfen. Hiergegen legte der Angeklagte Revision beim Kammergericht ein, worin u. A. ausgeführt wurde, daß die Worte des Gesetzes: „Verabredungen und Vereinigungen zum Zwecke oder zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“, ebenso wie die Begründung zu den gedachten Paragraphen augenscheinlich beweisen, daß es sich hierbei lediglich um Abreden handelt, die die Verbesserung der Lohnverhältnisse, also einen in der Zukunft liegenden Vortheil bezwecken. Der Vorderrichter verkenne dieses gesetzliche Begriffsmerkmal, indem er den Paragraphen auch auf den Fall beziehe, daß die Lohnverhältnisse die Vergangenheit betreffen. Daß dies hier der Fall war, ergab sich aus der Feststellung, daß die Streikigkeiten lediglich deshalb entstanden waren, weil die Arbeiter der Erker'schen Fabrik für die Lage der Ausständigen, also für die Vergangenheit Lohnzahlung verlangten. Der Strafnat des Kammergerichts schloß sich nach langer Berathung diesen Ausführungen an, hob deshalb die Verurtheilung auf und sprach den Angeklagten von Strafe und Kosten frei!

Vermischtes.

Ein feiner Geschäftsmann. Vom Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter wurde folgendes Schriftstück veröffentlicht:

Zarodzie bei Kattowitz (Oberschles.), 22. Nov. 1896.

An die Former-Streikkommission

J. A. Luis Müller, Berlin.

Da ich beauftragt bin von der Firma der Berliner Gußstahlfabrik und Eisengießerei von Herrn Hugo Hartung Aktiengesellschaft Prenzlauer Allee 41. 30. Former 6. Vermacher 4. Buzer zu Anguichern. Der Lohn wird mir Angegeben von 20—40. Mk. per Woche auch noch mehr. Ich habe hier eine Anzahl Former, die nach dort Heizen möchten oder sonst wohin wen ich mir die Provision Ertrag von 100. Mark so sende ich keine Leute dahin die Firma zahlt mir 20. Mark pro Kopf und Heizegeld den Leuten 4. Klasse also seid ihr gesonnen so bitte ich bis zum 25 diesen Monats mir das Geld einzusenden da sende ich die Leute nach England und im nicht fall also an die Firma. Ich habe nach Hamburg Altona Ottemen in die Steiermark Leute viel zu liefern gehabt, jetzt wieder habe ich mit Mühen zuthun. Also bitte mir zu benachrichtigen binnen der Zeit. Achtungsvoll

Theobald Czernowitz, Agent

Zarodzie bei Kattowitz O/Schl.

Das Schriftstück zeigt jedenfalls, daß die Mühenmänner mit ihren Bemühungen, an Stelle der gewöhnlichen heimlichen Arbeiter kapitalistische Arbeitskräfte aus der Provinz nach Berlin zu verpflanzen, selbst bei dem gewis nicht allzu moralisch veranlagten Stellenvermittlerthum manchnmal kein Glück haben. — Wie wir übrigens erfahren, hat Emmerich das Spiel bereits öfter geschrieben. So hat er z. B. bei dem großen Hamburger Formerstreik eine ähnliche Vorklärung der damaligen Streikkommission veranlaßt. Emmerich scheint demnach den Schwundel rein „geschäftlich“ zu betreiben.

Ueber die moderne Fahrrad-Industrie sprach kürzlich Herr Ingenieur Alexis Schleimer in der letzten Versammlung des Vereins deutscher Ingenieure in Berlin. Das Fahrrad, so führte der Vortragende aus, ist eine deutsche Erfindung, denn zwei Nürnberger, ein Uhrmacher und ein Zirkelschmied, kamen um die Mitte des 17. Jahrhunderts zuerst auf den Gedanken, zwei in eine Linie gestellte Räder durch ein verbindendes Gestell mit Sattel zu einem „Dreiwagen“ genannten Vehikel zu gestalten und der Oberförstmeister Willi von Drais hat im Jahre 1816 die Idee der beiden Nürnberger wieder aufgenommen. Allein die „Draisine“ blieb nur ein Spielzeug, bis 1867 Michaud in Paris die Pedale erfand. Mit dieser Verbesserung war der Boden für die praktische Verwertung des Fahrrades gegeben. Dennoch dauerte es noch länger als zwanzig Jahre, ehe diese Folge eintrat. Für den Techniker, der die Entwicklung miterlebt und beobachtet hat, liegt die Ursache der andauernd unbegreiflich langsamen Entwicklung seit 1867 ziemlich klar. Mit Anbringung von Pedalen war zwar ein bedeutender Fortschritt gemacht worden; aber ein Fahrrad wog noch immer 80 Pfund und seine praktische Verwendbarkeit litt unter dem Festhalten an dem Hochrade, dessen Handhabung schwer zu erlernen und das unter allen Umständen gefährlicher ist, als das später erfundene Niederrad. Bevor das Fahrrad wirklich praktisch war, mußten noch eine Menge Verbesserungen erjungen werden. In England, wo seit 1871/72 etwa das Fahrrad fabrikmäßig hergestellt wird, erstreckte man zunächst die schweren Holzspeichen durch Stahlbrüche. Bald auch belegte man den Korb mit Gummi. Später glaubte man durch das Dreirad einen großen Wurf zu thun, was sich aber in der Folgezeit als ein Fehlschick erwies, denn das Ende der 80er Jahre erfundene Niederrad trat alsbald in den Vordergrund des Interesses. Das Gewicht des Rades wurde immer geringer. Man lernte das Gestell aus Gasrohr formen, man verließ das Niederrad mit einer Uebertragung, die am Hochrade nur in sehr beschränktem Grade anzubringen ist, man wußte die Kette zwischen Pedalrad und Zahngetriebe an der Hinterradachse immer vorteilhafter zu konstruieren. Endlich erfand der Engländer Dunlop 1888 den Pneumatikreifen, der als die Krönung der Erfindung des Fahrrades anzusehen ist. Seine Anwendung hatte die von uns miterlebte Folge, daß fast plötzlich das Fahrrad in die allgemeinste Nahrung kam. Seit Einführung des Pneumatik in Deutschland sind sechs Jahre verstrichen. In dieser Zeit sind über eine Million Fahrräder in Deutschland fabriziert worden. Die Leichtigkeit, Schnelligkeit und Bequemlichkeit der gegenwärtigen Form des Niederrades ist allein dem Pneumatik zu danken. Das Gewicht ist auf 20-25 Pfund herabgekommen! — Der Redner gab alsdann eine Kritik der verschiedenen Bauarten, sowie der noch wünschenswerthen Verbesserungen. Als zu bereitzigende Mängel gelten ihm u. A. die Hartlöthung der Rahmenrohre, vor allem jedoch die Ketten-Übertragung; doch gibt es bisher noch nichts Besseres. Von großem Interesse war, was der Redner von der kolossalen Verbreitung des Fahrradbaues in Amerika und England erzählte. Verglichen damit wird Deutschland noch Jahre bedürfen, ehe es die gleiche Stufe des Fahrradbaues erreicht. In ganz Deutschland sind im letzten Jahre 300 000 Räder gebaut worden, ebensoviel als allein in Coblenz und Bismarckham in der gleichen Zeit gefertigt wurden, wo jetzt bereits die ganze nächste Jahresproduktion ausverkauft ist. Da Deutschland 1895 noch 140 000 Fahrräder eingeführt hat, und der Konsum noch beständig zunimmt, so ist noch eine große Ausdehnung unserer Fahrrad-Fabrikation möglich, besonders da ein Export nach England in bestimmter Aussicht ist. Man darf auf das Anhalten dieser Verhältnisse für die nächsten 10 Jahre wohl mit Sicherheit rechnen; denn das Fahrrad ist ein wichtiges Verkehrsmittel geworden.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Smitzgart, J. S. W. Dietz Verlag) ist soeben das 15. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Politik und Sozialismus. — Die Lage der preussischen Steinkohlenbergleute. — Zur Vorgeschichte des Gothar Programms. Von Eduard Bernheim. — Moderne deutsche Kritik. Von G. Ströbel. (Fortsetzung.) — Feuilleton: Auf der Sandstraße. Von Franz Hille-Bischer. (Schluß.)

Briefkasten.

W., Stuttgart. Die Abrechnung ist wegen Raumwangel für nächste Nummer zurückgeschickt.
L., Babel. Gewiß ist es gestattet, mehrere Karten im Voraus einzuflehen; die Unterzeichnungsberechnung tritt jedoch erst nach Ablauf der stammesmäßigen Kartenzug ein.
H., Kottbus. Wenn uns die Anzeige so überliefert wird, daß für jede Versammlung das Datum derselben und die Nummer der Zeitung angegeben ist: Ja?

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Alt- und Hengersdorf. Sonntag, 17. Jan., Nachm. 8 Uhr, in der „Felsenmühle“.
Altona. Montag, 18. Jan., bei H. Meyer, Gosenstraße 1.
Apolda. Sonnabend, 16. Jan., im „Vorwärts“. Vortrag: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die Arbeitslosenversicherung.
W., Wir machen die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten auf diese Rubrik besonders aufmerksam, da von nun an alle Versammlungen, gleichviel, ob sie als Mitglieder- oder Generalversammlungen gedacht sind, unter derselben gebracht werden, ohne daß das Wort „Mitglieder“ oder „Generalversammlung“ bei jeder Anzeige extra gesetzt wird. Nach § 14 Abs. 2 des Verbandsstatuts gibt es für die einzelnen Orte nur Mitgliederversammlungen. (Sich bezüglich der Versammlungsanzeigen den Beschluß der Generalversammlung in Magdeburg, S. 57 des Protokolls.)

Augsburg. Samstag, 16. Jan., Abds. 8 Uhr, im „Blauen Boot“. Vortrag über Bergwerke und Aktiengesellschaften.
Barmen. Am 16. Jan., Abds. halb 9 Uhr bei Herrn Hübn, Fischerthalerstr. 19. Vortrag des Genossen Markus.
Berlin. Sonntag, 17. Jan., Vorm. 10 Uhr, im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. Bericht der Ortsverwaltung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Stellungnahme zur Generalversammlung.
Berlin. **Rechts-Vereinigung:**
Gesundbrunnen. Dienstag, 19. Januar, Abends halb 9 Uhr, im „Viktoriagarten“, Podstr. 12. Vortrag des Herrn Weyl über: Der Werth der Verärztung der Arbeitszeit. — **Offen.** Dienstag, 19. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Keller, Koppentstraße (Tunnel). Neuwahl der Bezirksleitung. — **Zentrum und Süden.** Mittwoch, 20. Jan., Abends halb 9 Uhr, im „Luisenstädtischen Clubhaus“, Jannenstr. 16. Vortrag. — **Moabit.** Mittwoch, 20. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Müller, Neufährstraße 9. Vortrag über Elektrizität. — In allen Versammlungen Diskussion und Verhandlungsgegenstände.
Braunschweig. (Alle Sektionen.) Sonnabend, den 16. Jan., Abds. halb 9 Uhr, in der „Englischen Krone“, Götterstr. Vortrag. Die bevorstehende Generalversammlung.
Braunschweig. (Sektion der Schloßer, Meißner, u. v. B.) Sonnabend, 23. Jan., Abds. halb 9 Uhr, in der „Englischen Krone“, Götterstr. Vortrag. Bericht und Neuwahl der Rechtschutzkommission. Die Werkhändlergärten.
Cannstatt. (Sektion der Ferner.) Samstag, 16. Jan., Abds. 8 Uhr, bei R. Bäuerle, Kottbusstr. Wahl der Ortsverwaltung. Wahl von Werkhändlervertretern. Bericht vom Streik.
Darmstadt. Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 3. Samstag im Monat im Gasthaus zum „Kaiser Friedrich“, Schloßgasse 12, statt.
Delitzsch. Sonntag, 17. Jan., Nachm. 4 Uhr, in G. Fröde's Gasthaus, Grüntw.
Düsseldorf. (Allg.) Sonnabend, 16. Jan., im Restaurant Schwarz, Schützenstr. Anträge zur Generalversammlung. Stellungnahme zur Konferenz der Niederrheinischen Metallarbeiter. — Die Reparaturen werden an ihre Plätze erinnert.
Frankenthal. Samstag, 16. Jan., Abds. 8 Uhr, bei Griening, Abrechnung vom 4. Quartal. Vortrag von Genosse Riemann aus Ludwigshafen.
Frankfurt a. M. (Sektion d. Seegerler u. Jütahl.) Samstag, 16. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Frau, gr. Eschenheimerstr. 23. Abrechnung vom 4. Quartal. Jahresbericht und Neuwahl der Ortsverwaltung. — Mit den Karten von der Weihnachtsfeier zu abrechnen.
Gießen. Sonnabend, 23. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im Vereinslokal. — Retirierende Beiträge sind zu entrichten.
Gotha. Am 18. Januar, Abends halb 9 Uhr, in der „Erholung“. Vortrag: Maschinenrecht und Maschinenpflanz. Stellungnahme zur Generalversammlung.
Hamburg. (Sektion der Gelbgießer, Gützler etc.) Mittwoch, 20. Januar, Abends halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Kaffmacherei 6-7.
Hamburg. (Sektion der Schloßer, Dreher und Maschinenbauer.) Dienstag, 19. Jan., Abds. halb 9 Uhr, in der „Festungsballe“, Gänsenmarkt. Vortrag. Maschinenarbeiterzeit. Stellungnahme zur Berufstätigkeit der Metallarbeiter.
Hannover. (Sektion der Mechaniker u. v. B.) Dienstag, 19. Jan., bei Aurich. Elektrotechnischer Vortrag.
Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 23. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Grending, Langestr. 2.
Heidelberg. Samstag, 18. Januar.
Hoch a. M. Sonntag, 17. Jan., Morgens 11 Uhr, im Lokale Heppstraße 36. Neuwahl der Ortsverwaltung. Bericht des Delegierten vom Gewerkschaftsstellvertreterangelegenheit.
Jena. Sonnabend, 16. Jan., Abds. 8 Uhr, im „gold. Engel“. Vortrag. Bericht des Agitationskomitees.
Karlsruhe. (Allg.) Samstag, 23. Jan., bei Kalubach.
Karlsruhe. (Sektion der Hausarbeiter.) Sonntag, 17. Jan., Vorm. halb 10 Uhr, in der „Fortuna“.
Karlsruhe. (Sektion der Weberei und Anstaltler.) Samstag, 16. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Gold Kreuz“, Ludwigsplatz. — Die Mitgliedsbücher sind abzuholen.
Karlsruhe-Mühlburg. Samstag, 16. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im Gasthaus zum „Kaiser“.
Kiel. Mittwoch, 20. Jan., bei Ahrens, Alte Reihe 8. Vortrag von Kollege Luit.
Ludwigsburg. Samstag, 16. Jan., Abds. 8 Uhr, in Helländer's Brauerei. — Die Restanten werden dringend ersucht, ihre Beiträge zu entrichten.
Mühlhausen i. Gif. Am 24. Jan., **Vormittags 10 Uhr.**
Nürnberg. (Allg.) Samstag, 23. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Herzog, Reichstraße.
Nürnberg. (Sektion der Metallgießerei.) Montag, Abds. halb 9 Uhr. Vortrag. Jahresabschlussrechnung.
Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 23. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Zanmerthal“. Vorschläge der Delegierten zur Generalversammlung. Anträge zu derselben. — Die Mitgliedsbücher sind zur Erneuerung mitzubringen. Pöblichkeitsbücher sind abzuliefern.
Osabrück. (Alle Sektionen.) Sonnabend, 23. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Senger, Johannisstr. 45.
Pegnitz. Sonntag, 17. Jan., Nachm. 3 Uhr, in der „Pop“.
Pforzheim. Sonntag, 17. Jan., Nachm. 2 Uhr, im „Gold. Kreuz“. Geschäfts- und Kassenbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Rosbach. Sonnabend, 23. Jan., Abds. halb 9 Uhr, in der „Freie Arbeiter-Verein“, Freie Arbeiterstr.
Stuttgart. (Sektion der Platinier.) Samstag, den 16. Jan., Abds. 8 Uhr, im „Pöblich“. Kassenabrechnung. Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Südingen. Samstag, 16. Jan., Abds. 8 Uhr, im Lokal. Abrechnung vom 4. Quartal. Stellungnahme zur Generalversammlung. — Wegen Revision sind sämtliche Bibliothek- und Mitgliedsbücher abzuliefern.
Zeitz. Sonnabend, 16. Jan., in Reineck's Restaurant.
Augsburg. Die hiesige Verwaltung ersucht dringend um Rückzahlung der Abrechnung des Kassiers **Karl Kreder** aus Bamberg.

Darmstadt. Das Reisegeld wird hier Abends von 8 bis 9 Uhr ausbezahlt. — Unsere Herberge befindet sich in der „Wirtschaft zur Altstadt“, Schulzeng. 3. Die Kollegen werden ersucht, nur da zu übernachten.
Frankenthal. Unsere Verbandsherberge ist jetzt bei Heinrich Wenland, zur „Stadt Nürnberg“. Wir bitten, bloß dort zu verkehren.
Hamburg. (Sektion der Gelbgießer etc.) Die Adresse des jetzigen Bevollmächtigten ist: Otto Schulz, Hamburg-St. Pauli, Marktstr. 111, S. 91.
Hannover. (Sektion der Mechaniker.) Sonnabend, 16. Jan., Kränzchen mit Abendunterhaltung und Tanz in der „Festhalle“.
Jena. Die Adresse des hiesigen Bevollmächtigten ist: H. Ueber, Wenigen-Jena, Alexanderstr. 7; des Kassiers: Adolf Hirschelmann, Wenigen-Jena, Gofienstraße 1. Schriftliche Sendungen an den Bevollmächtigten, Geldsendungen nur an den Kassier.
Karlsruhe. (Sektion der Hausarbeiter.) Samstag, 16. Jan., Abds. 8 Uhr, Christbaumfeier in der „Fortuna“.
Köslau. Folgendes Mitgliedsbuch ist ungültig und aufzuheben: Nr. 110 798 des Formers **Friedrich Platte**, geb. in Köslau am 6. Febr. 1878, eingetr. in Köslau am 31. August 1893.
Zeitz. Sonntag, 17. Jan., Nachm. 3 Uhr, gemüthliches Beisammensein im „Pöblichen Bld“.

Freie Vereine.

Höckel i. S. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, 23. Januar, Abends halb 9 Uhr, Versammlung auf der „Mühlenterrasse“. Vortrag.

Öffentliche Versammlungen.

Lorch, H.-L. Dienstag, 19. Januar Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung bei Karl Fendler („Gesellschaftshaus“). Wie können die hiesigen Metallarbeiter bei dem jetzigen guten Geschäftsgang ihre Lage verbessern? Referent: G. Rohrlach-Berlin. Die Mitgliedsbücher in den hiesigen Werkstätten.
Waren. Sonnabend, 16. Jan., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in „Stadt Wien“. Vortrag. Bericht des Bevollmächtigten.

Privat-Anzeigen.

Die Verwaltungen des D. M. B. werden ersucht, uns etwaige Mängel bei den in unserem Blatte Arbeiter suchenden Firmen sofort unter Angabe der Gründe zu melden.

Nachruf.
Am 21. Dezember verstarb unser Kollege, der Blechmer **Jakob Kleber** im Alter von 42 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren.
Die Sektion der Blechmer und Zusallateure in Karlsruhe.

Wir empfehlen unseren Lesern die neue im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts“ in Berlin erscheinende Wochenchrift
In freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.
Preis pro Heft nur 10 Pf.
Zur Zeit erscheint der kunstvoll und reich illustrierte Roman **1793** von Victor Hugo voll passender Schilderungen aus der großen französischen Revolution.
Man abonniert bei der Post (Postzeitungskatalog für 1897 Nachtrag 1, 3537 a.)
Heft 1 ist erschienen.

Wer kann einem Kollegen Auskunft über die Zusammenlegung von verschiedenen Weislagmetallen, wenn möglich auch Phosphor-Weislagmetall geben? Adressen an Herrn **Schmidt**, Senftenberg i. d. Saunz, Burglehnerstr., erbeten. [17]

Suche sofort einen tüchtigen Feilenhauergehilfen bei gutem Lohn und dauernder Stellung.
L. Ammon, Feilenhauermeister, Fürth i. Bayern, Theaterstr.
2 tüchtige, solide Feilenhauer finden dauernde Arbeit bei **L. Appl**, Würzburg.
Zwei tüchtige Feilenhauer gesucht. [11]
Fr. Wehner, Heddernheim b. Frankfurt a. M.

Tüchtige Feilenhauer auf Mittelforte Bastardfeilen gegen hohen Lohn bei dauernder Arbeit gesucht. [9]
H. Wildschütz & Co., Dornelshof-Oberbill, Hörsenstr. 22.

Tüchtiger Schleifer, der auf Gerbtheile geübt ist, findet dauernde Beschäftigung.
Johann Gerthold, Säleis- und Poliermühle, Mündchen, Geierstr. 14. [15]

Schleifsteine, beste Sorte für Feilenhauer, Maschinenwerkstätten und Schmiede etc. liefert
A. Funk, Feilenhauerei und Schleifstein-Geschäft in Bamberg. [13]